

Bericht zur Sozialen Situation in Eisenach

TEIL 1

**Stadtverwaltung Eisenach
Sozialamt**

Inhaltsverzeichnis

Berichtsauftrag und untersuchungsmethodisches Herangehen

Bürgerbüro Eisenach

Grund- und Vergleichsdaten zur Bevölkerungsentwicklung in Eisenach

Ausländerbehörde Eisenach

Ausländer in Eisenach

Bundesagentur für Arbeit – Geschäftsstelle Eisenach

Arbeitsmarkt in Eisenach

Jobcenter Eisenach

Aufgaben und Ziele

Formen der Leistung

Der Arbeitsmarkt – Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2006 / Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit seit 2006 / Integration seit 2011 / Beschäftigung / Markt und Integration

Menschen und Familien in Betreuung des Jobcenters Eisenach

Bedarfsgemeinschaften / erwerbsfähige und nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte / erwerbstätige Leistungsberechtigte

Sanktionen

Haushalt Jobcenter Eisenach 2010 - 2012

Geldleistungen nach dem SGB II

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach Unterkunftsart

Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II

Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung gem. § 46 SGB II

Landeszuweisung und Sonderbedarfs-Bundeszuweisungsergänzung in den Jahren 2005 bis 2012

Umzugskosten / Mietkautionen / Mietschulden

Einmalige Leistungen – Erstaussstattung Wohnung – Babyerstaussstattung & Schwangerschaftsbekleidung und Kostenbeiträge zu den gewährten Leistungen

5. Sozialamt Eisenach

Wohngeld und Wohngeldempfänger in der Stadt Eisenach seit 1999

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) - Regelsätze

Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII

Berichtsauftrag und untersuchungsmethodisches Herangehen

Der erste Bericht zur sozialen Situation in der Stadt Eisenach stammt aus dem Jahr 1998 und wurde im April 1999 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Inzwischen haben sich weitestgehende Änderungen in der Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland ergeben, welche auch Auswirkungen auf die Stadt Eisenach haben.

Der Wegfall des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) zum 31.12.2004 und die Einführung des Zweiten und des Zwölften Sozialgesetzbuches zum 01.01.2005 führten zu erheblichen Änderungen, welche die bisherige Sozialpolitik reformierten.

In den Jahren darauf wurden weitere bisher in der Zuständigkeit des Landes Thüringen liegende Aufgaben kommunalisiert. Damit stiegen die Anforderungen an die Stadt Eisenach und die Stadtverwaltung.

Gleichzeitig richtete sich die Aufmerksamkeit immer mehr auf den demographischen Wandel und seinen Auswirkungen.

Mit der Fortschreibung des Sozialberichtes in Eisenach soll ein Informations- und Arbeitsmaterial für Handlungsträger in der Kommunalpolitik, der Verwaltung und im gesellschaftlichen Bereich bereitgestellt werden, das durch die Dokumentation sozialrelevanter Daten einen Ausgangspunkt zu Analysen sozialer Strukturen und der Planung von Maßnahmenstrategien in Eisenach darstellt.

Dargestellt werden die jeweiligen Fall- und bzw. Empfängerzahlen von Sozialleistungen in der Stadt Eisenach, darüber hinaus erfolgt in Teilbereichen ein Vergleich dieser Zahlen zwischen Eisenach und den anderen kreisfreien Städten sowie dem Wartburgkreis.

Erfasst wurden die Daten vor allem auf der Grundlage amtlicher Statistiken des Thüringer Landesamtes für Statistik, der Bundesagentur für Arbeit, von Statistiken der Fachämter bzw. von anderen Sozialleistungsträgern und Behörden.

Um die Fortschreibung des Sozialberichtes und vor allem die Entwicklung in der Stadt Eisenach in den Jahren 1999 – 2012 anschaulich darzustellen, wird weitestgehend mit Diagrammen und dazugehörigen Tabellen gearbeitet.

Darüber hinaus werden die jeweiligen Rechtsgrundlagen und Gesetze aufgeführt.

Auf eine Kommentierung der Zahlen wurde verzichtet insoweit nur eine subjektive Kommentierung erfolgen kann.

Die gewählte Darstellung erleichtert die Lesbarkeit und der Verzicht auf Kommentierungen der Zahlen, Daten und Fakten ermöglicht den Leser und Nutzer des vorliegenden Sozialberichtes sich unabhängig ein Bild von der sozialen Entwicklung in der Stadt Eisenach zu machen.

Wir hoffen und wünschen uns angeregte Diskussionen darüber, welche Schlussfolgerungen sich aus den Zahlen, Fakten und Daten für die Stadt Eisenach ergeben und welche Weichenstellungen getroffen werden sollen, damit alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eisenach Ihre Stadt Eisenach weiterhin als lebens- und lebenswert empfinden und allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglicht wird.

Bürgerbüro Eisenach

Grund- und Vergleichsdaten zur Bevölkerungsentwicklung in Eisenach

In den folgenden 3 Grafiken wird die Entwicklung der Gesamtbevölkerung der Stadt Eisenach (Haupt- und Nebenwohnung) seit 1988 deutlich.

In der folgenden Grafik aus dem Sozialbericht 1998 wird die Entwicklung der Gesamtbevölkerung (Haupt- und Nebenwohnung) seit 1988 deutlich.

Einwohnerzahl

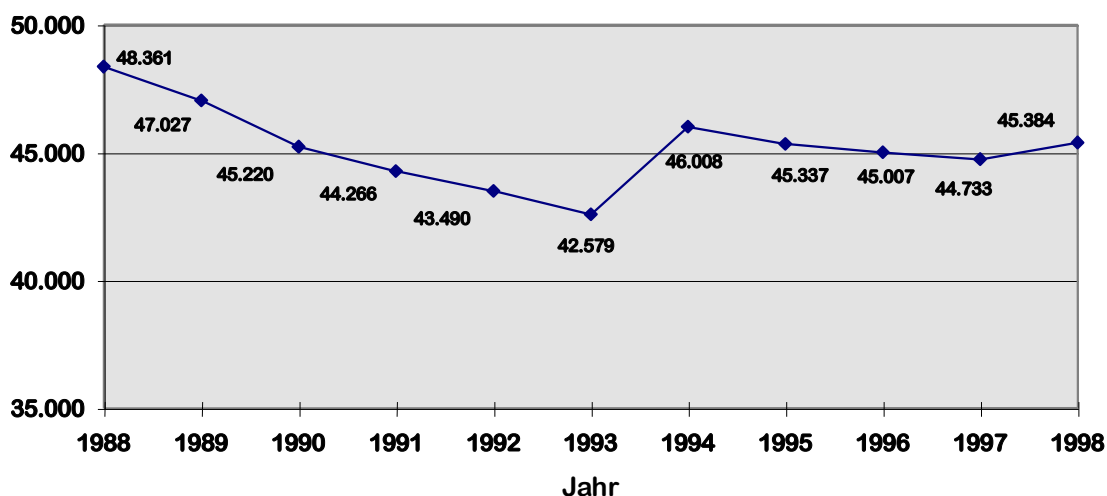


Abbildung 1: Entwicklung der Gesamtwohnbevölkerung in der Stadt Eisenach (jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres) – Sozialbericht 1998

Quelle: Statistisches Landesamt, Einwohnermeldewesen der Stadtverwaltung Eisenach

Es zeigt die Entwicklung der Gesamtbevölkerung in der Stadt Eisenach (jeweils zum 31.12. des Jahres)

Einwohnerzahl

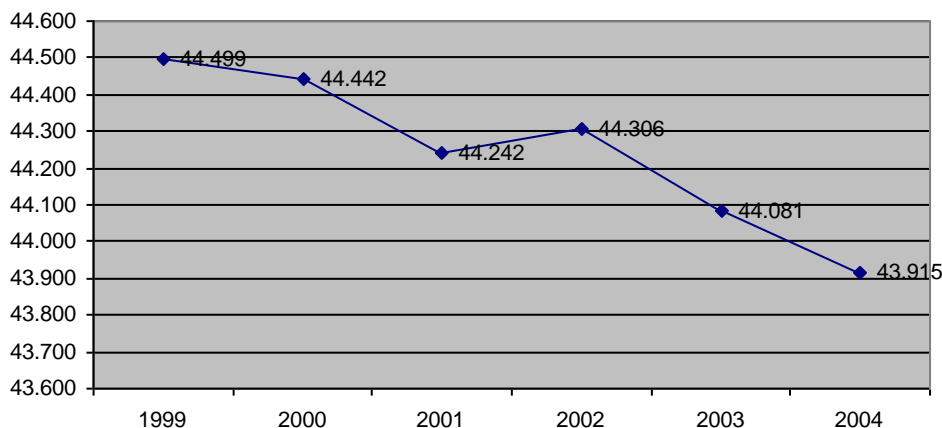
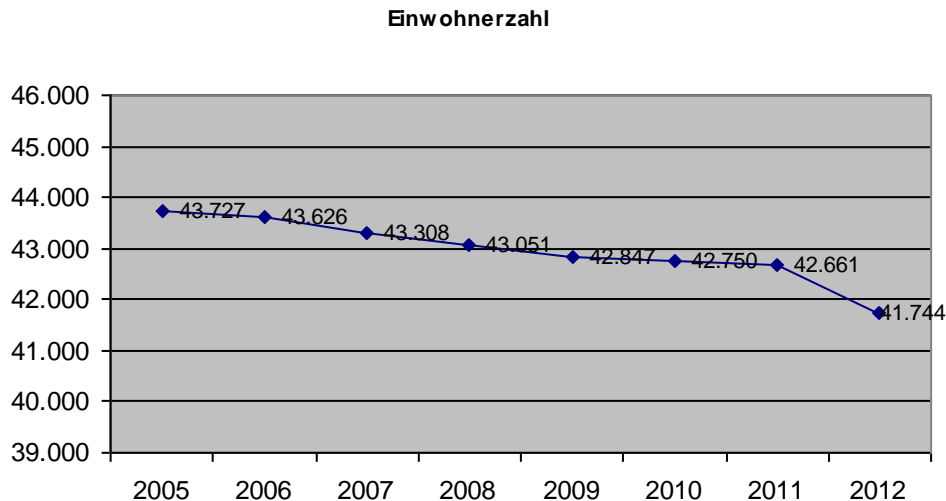


Abbildung 2: Entwicklung der Gesamtwohnbevölkerung in der Stadt Eisenach 1999 bis 2004 (jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Abbildung 3: Entwicklung der Gesamtwohnbevölkerung in der Stadt Eisenach 2005 bis 2012 (jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres)

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die obigen Grafiken zeigen, dass die Stadt Eisenach in den Jahren seit 1998 weiterhin kontinuierlich Einwohnerverluste zu verzeichnen hat. Waren 1998 noch 45.384 Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Eisenach gemeldet, betrug die Einwohnerzahl 2012 nur noch 41.744 Einwohnerinnen und Einwohner. Dies ist ein Verlust von 3.640 Einwohnerinnen und Einwohner (durchschnittlich pro Jahr seit 1999 = 260).

Im Vergleich mit dem Wartburgkreis ergibt sich folgendes Bild:

Waren im Wartburgkreis 1999 noch 145.712 Einwohnerinnen und Einwohner gemeldet, betrug die Einwohnerzahl 2012 nur noch 127.227 Einwohnerinnen und Einwohner.

Dies ist ein Verlust von 18.485 Einwohnerinnen und Einwohner (durchschnittlich pro Jahr seit 1999 = 1.320,36)

Die folgenden Grafiken zeigen die Geburten- und Sterbeentwicklung sowie die Wanderungsbewegungen in Eisenach.

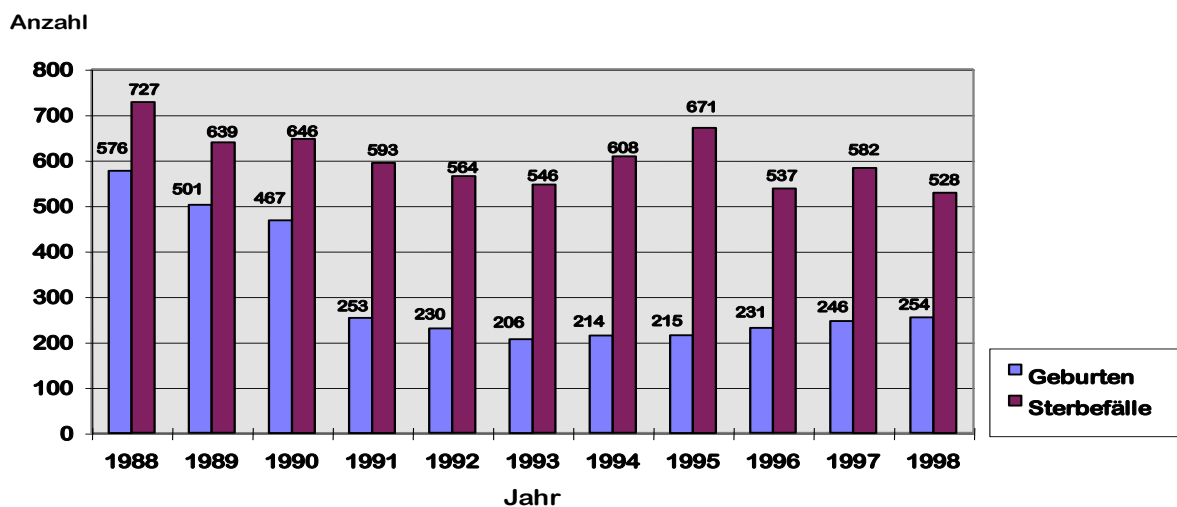


Abbildung 4: Lebendgeburten- und Sterbeentwicklung in der Stadt Eisenach (jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres) - Sozialbericht 1998

Geburten und Sterbefälle 1999 bis 2012

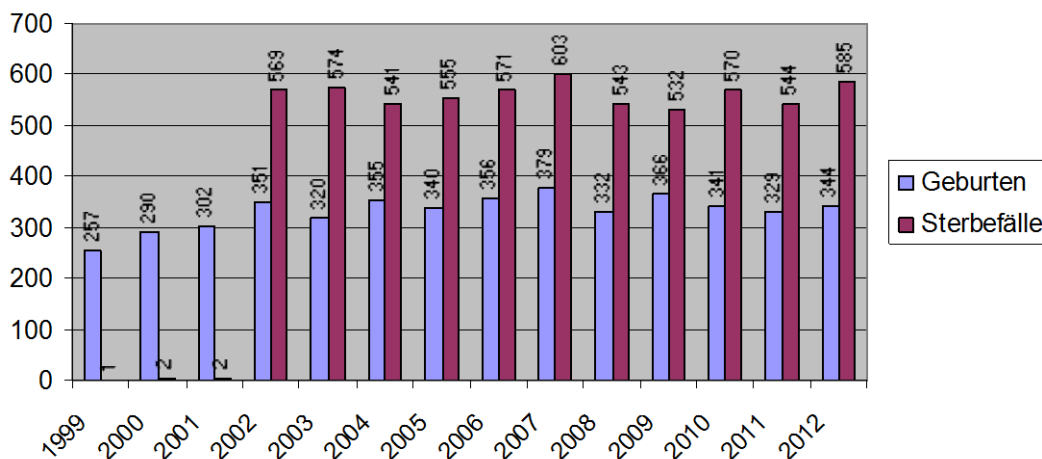


Abbildung 5: Lebendgeburten- und Sterbeentwicklung in der Stadt Eisenach 1999 bis 2012 (jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres)

Quelle: Bürgerbüro der Stadtverwaltung Eisenach

Die Geburtenzahlen sind in den Jahren von 2002 bis 2012 erfreulicherweise gestiegen.

Während die Geburtenzahlen von 1991 bis 1998 nur ca. 250 pro Jahr betrugen, stiegen dagegen die Geburtenzahlen seit 2002 bis 2012 auf ca. 350 pro Jahr.

Bei der Sterbentwicklung gab es in den Jahren von 1999 bis 2012 – im Vergleich zu den Jahren 1988 bis 1998 – keine nennenswerten Veränderungen, die Zahlen bewegen sich weiterhin auf einem relativen gleichbleibenden Niveau.

Einen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt Eisenach haben auch die Zuzüge bzw. die Wegzüge.

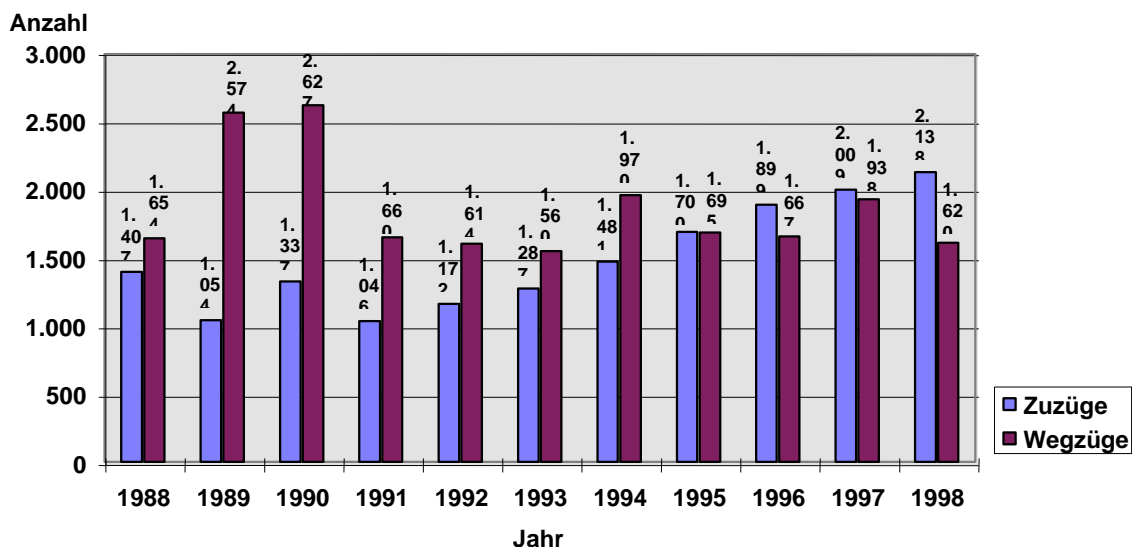


Abbildung 6: Zu- und Wegzüge in der Stadt Eisenach (jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres)

Jahres) - Sozialbericht 1998

Quelle: Statistisches Landesamt, Einwohnermeldewesen der Stadtverwaltung Eisenach
Seit 1999 erzielt die Stadt Eisenach kontinuierliche Einwohnergewinne, lediglich die Jahre 2005, 2007, 2008 und 2009 verzeichnen höhere Wegzüge.

Zuzüge und Wegzüge 1999 bis 2004

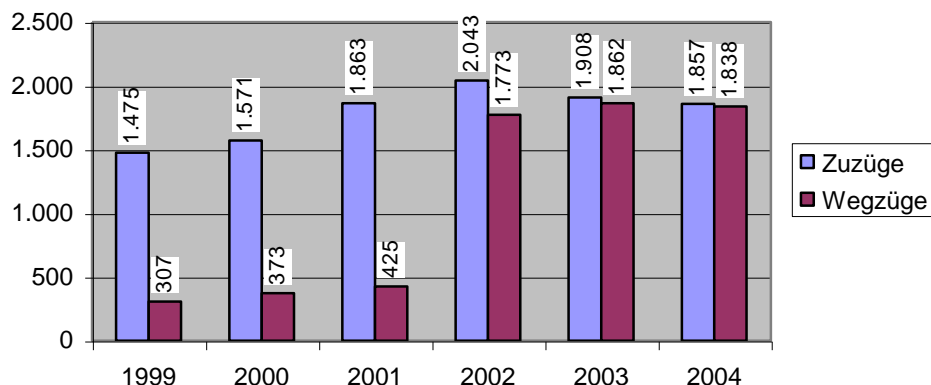
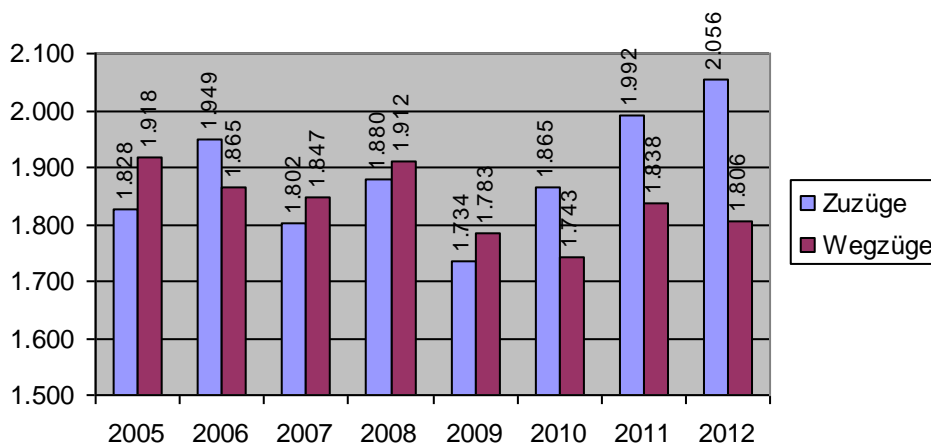


Abbildung 7: Zu- und Wegzüge in der Stadt Eisenach 1999 bis 2004
(jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres)

Zuzüge und Wegzüge 2005 bis 2012



Quelle: Bürgerbüro der Stadtverwaltung Eisenach

Abbildung 8: Zu- und Wegzüge in der Stadt Eisenach 2005 bis 2012
(jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres)

Quelle: Bürgerbüro der Stadtverwaltung Eisenach

Ab 2010 überwiegen die Zuzüge erstmals wieder, wie bereits in den Jahren von 1996 bis 2004.

Aufgrund der sehr guten sozialen Infrastruktur in der Stadt Eisenach ziehen verstärkt ältere Menschen aus dem ländlichen Umfeld in die Stadt.

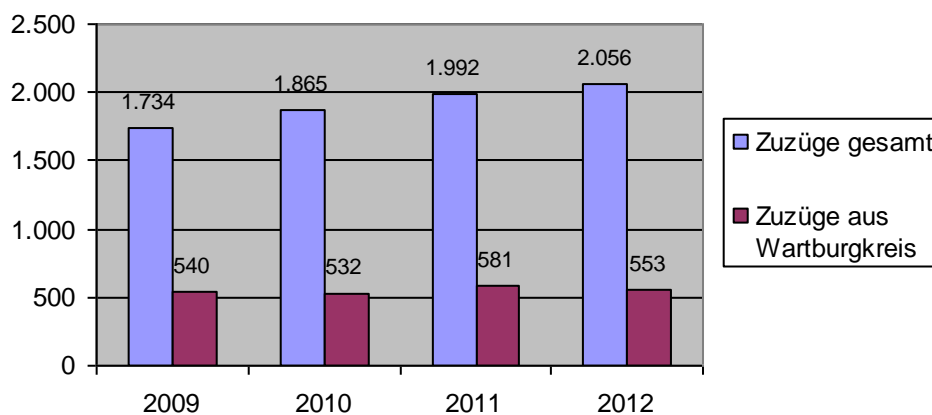
Gründe hierfür sind u. a. die medizinische Versorgung mit Ärzten, Apotheken, dem St. Georg Klinikum Eisenach, Einkaufsmöglichkeiten in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Wohnungen sowie die vorhandene andere soziale Infrastruktur zu den Gründen. Die Stadt Eisenach liegt damit im derzeitigen Trend aller Städte.

Mit dem Wegbrechen von infrastrukturellen Angeboten bzw. dem Ausdünnen solcher Angebote im ländlichen Raum wird das Wohnen in der Stadt immer attraktiver.

Gerade ältere Bürgerinnen und Bürger deren Mobilität sich immer einschränkt, sind auf unmittelbare Hilfe in der Nachbarschaft angewiesen.

Innerhalb der Zuzüge sind für die Jahre 2009 bis 2012 folgende Zuzüge aus dem Wartburgkreis zu verzeichnen:

Zuzüge 2009 bis 2012 aus Wartburgkreis



**Abbildung 9: Zuzüge aus dem Wartburgkreis 2009 bis 2012
(jeweils zum Stand vom 31.12. d. Jahres)**

Quelle: Bürgerbüro der Stadtverwaltung Eisenach

Es ist davon auszugehen, dass auch in den kommenden Jahren der Zuzug nach Eisenach aus ländlich geprägten Regionen anhalten wird.

Gegenüberstellung der Einwohnerstruktur der Stadt Eisenach 1998 - 2012

Wohnbezirk	0- unter 7	7- unter 11	11- unter 14	14- unter 18	18- unter 21	21- unter 25	25- unter 27	27- unter 50	50- unter 60	60- unter 65	65- unter 75	75 und älter	Stadt- teil ges.
EA-Kernstadt	1.528	1.429	1.254	1.788	1.301	1.536	787	12.330	5.376	3.030	3.645	3.116	37.120
EA-Berteroda	3	5	7	7	5	5	3	56	6	7	26	7	137
EA-Hötzelroda	59	63	46	62	43	50	34	442	135	60	53	44	1.091
EA-Madelungen	7	24	15	32	22	21	8	137	30	15	25	14	350
EA-Neuenhof/ Hörschel	28	41	31	41	28	26	11	273	89	59	77	43	747
EA-Neukirchen	21	27	40	55	32	30	13	231	73	34	51	27	634
EA-Stedtfeld	30	29	39	43	42	50	22	348	105	59	81	31	879
EA-Stockhausen	34	29	28	46	29	31	18	289	106	45	63	32	750
EA-Stregda	44	42	60	80	63	53	24	477	185	84	82	51	1.245
EA-Wartha/ Görlingen	9	13	18	20	13	8	4	105	29	18	22	19	278
EA-Gesamt	1.763	1.702	1.538	2.174	1.578	1.810	924	14.688	6.134	3.411	4.125	3.384	43.231

Tabelle 1: Einwohnerstruktur der Stadt Eisenach nach Alter und Planungsbezirk am 31.12.1998 (nur Hauptwohnung) – Sozialbericht 1998

Quelle: Einwohnermeldewesen der Stadtverwaltung Eisenach

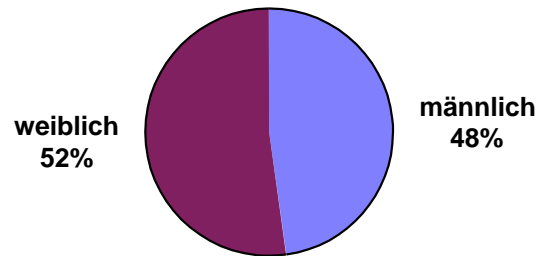
Wohnbezirk	0- unter 7	7- unter 11	11- unter 14	14- unter 18	18- unter 21	21- unter 25	25- unter 27	27- unter 55	55- unter 60	60- unter 65	65- unter 75	75 und älter	Stadt- teil ges.
EA-Kernstadt	2.057	1.121	803	969	777	1.616	964	13.569	2.432	2.243	5.023	4.314	35.888
EA-Berteroda	6	2	2	3	0	5	5	41	16	8	5	14	107
EA-Hötzelroda	90	53	49	44	13	46	19	569	97	98	103	70	1.251
EA-Madelungen	28	13	10	14	5	14	5	152	38	21	25	28	353
EA-Neuenhof/ Hörschel	31	13	21	17	14	26	18	273	68	42	86	77	686
EA-Neukirchen	38	17	14	16	1	12	11	245	54	41	64	53	566
EA-Stedtfeld	47	31	12	19	13	29	23	330	81	51	90	67	793
EA-Stockhausen	36	22	11	14	6	31	16	318	54	60	74	55	697
EA-Stregda	64	40	31	26	23	41	25	559	133	96	178	149	1.365
EA-Wartha/ Görlingen	12	9	3	5	5	7	10	109	22	15	26	20	243
EA-Gesamt	2.409	1.321	956	1.127	857	1.827	1.096	16.165	2.995	2.675	5.674	4.847	41.949

Tabelle 2: Einwohnerstruktur der Stadt Eisenach nach Alter und Planungsbezirk am

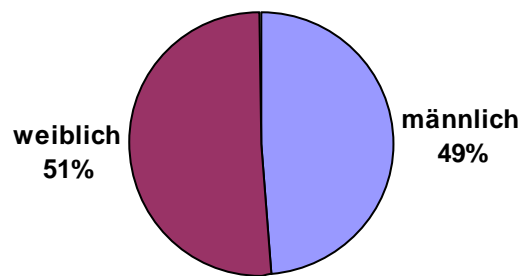
31.12.2012 (nur Hauptwohnung)

Quelle: Einwohnermeldewesen der Stadtverwaltung Eisenach

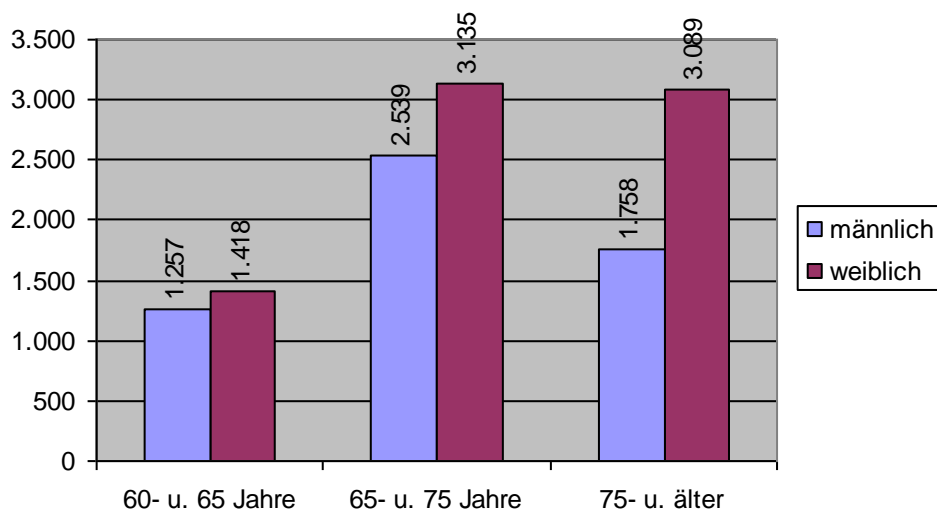
Die Geschlechterstruktur der Bevölkerung in Eisenach ist aus folgender Abbildung ersichtlich.
1998



2012 (31.12.2012)



Das Geschlechterverhältnis ab 60 Jahr und älter stellt sich wie folgt dar:



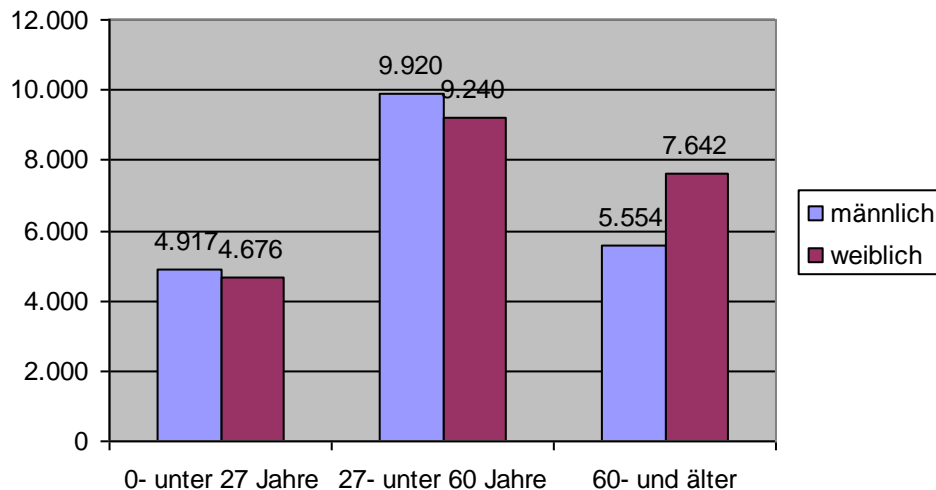
Stand: 31.12.2012 (Haupt- und Nebenwohnung)

Quelle: Bürgerbüro der Stadtverwaltung Eisenach

Dem obigen Diagramm ist zu entnehmen, dass die Zahl der Frauen die Zahl der Männer in den Altersgruppen 65- 75 Jahre und 75 Jahre und älter weit übersteigt.

Dies weist auf eine sehr starke zunehmende Versingelung in diesen Altersgruppen hin.

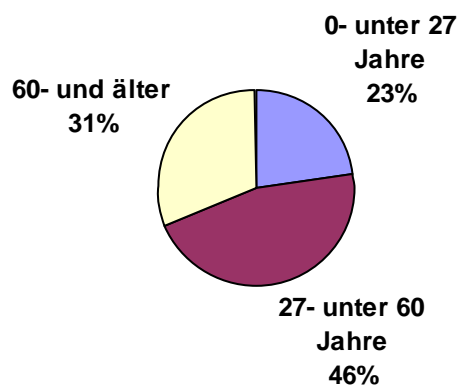
Das Verhältnis Jung und Alt stellt sich zahlenmäßig in der Stadt Eisenach wie folgt dar:



Stand: 31.12.2012 (Haupt- und Nebenwohnung)

Quelle: Bürgerbüro der Stadtverwaltung Eisenach

In Prozenten ergibt sich folgendes Bild:



Ein Drittel der Eisenacher Bevölkerung ist 60 Jahre und älter.

Stand: 31.12.2012 (Haupt- und Nebenwohnung)

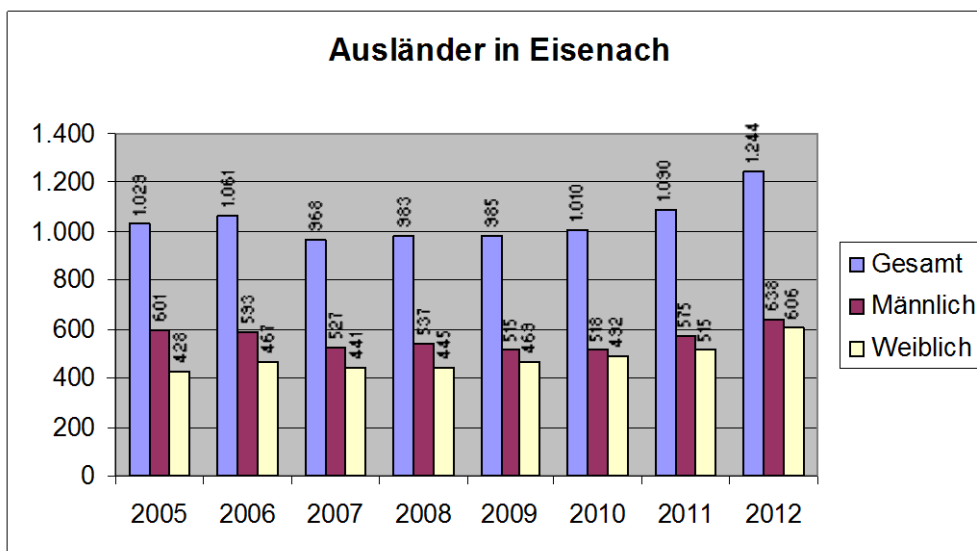
Quelle: Bürgerbüro der Stadtverwaltung Eisenach

Ausländerbehörde Eisenach

Ausländer in Eisenach

Der Anteil von **Ausländern** in der Stadt Eisenach lag am 31.12.2012 absolut bei 1.244, davon sind 636 männlich und 606 weiblich.

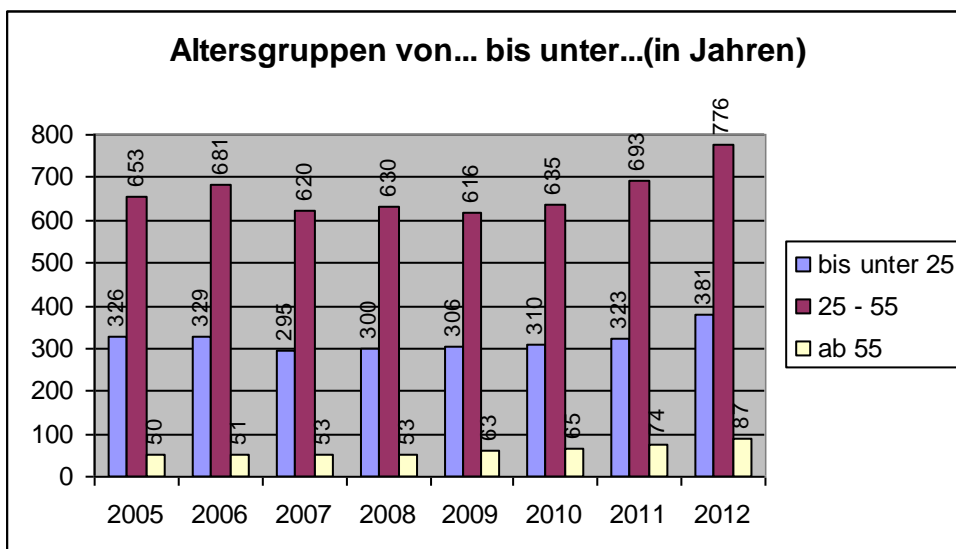
Damit beträgt der Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung rd. 2,9 % .



Bei der Altersstruktur der in Eisenach lebenden Ausländer liegt der Schwerpunkt bei den 25 - 55-Jährigen (62,38 %) und den unter 25-Jährigen (30,63 %).

Der Anteil der ab 55-Jährigen beträgt nur 6,99 %.

Altersgruppen von bis unter (in Jahren)



Quelle: AZR-Jahresstatistiken, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge –
Ausländerbehörde der Stadt Eisenach

Bundesagentur für Arbeit – Geschäftsstelle Eisenach

Arbeitsmarkt in Eisenach

Im Folgenden sollen überblicksmäßig einige wichtige Vergleichsdaten zum Arbeitsmarkt dargestellt werden, die für die Stadt Eisenach ermittelbar waren.

Grundlage der Zahlen ist die Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen

Betrachtet man den Verlauf der Arbeitslosigkeit (Abbildung 6) seit Juni 1995 für die Stadt Eisenach, lassen sich mit generell steigender Tendenz bis März 1998 3 Phasen erkennen:

- ein Anstieg der Arbeitslosigkeit vom Juni 1995 bis März 1996
- einen Rückgang von März bis Dezember 1996 und
- einen Anstieg bis März 1998 (mit Ausnahme Juni 1997).

Dabei wurde für den verfügbaren Untersuchungszeitraum im Januar 1998 mit 4.221 die höchste Arbeitslosenzahl registriert. *Sozialbericht 1998*

Vom 30.06.95 bis 30.09.98 entwickelten sich die Arbeitslosenzahlen in Eisenach wie folgt.

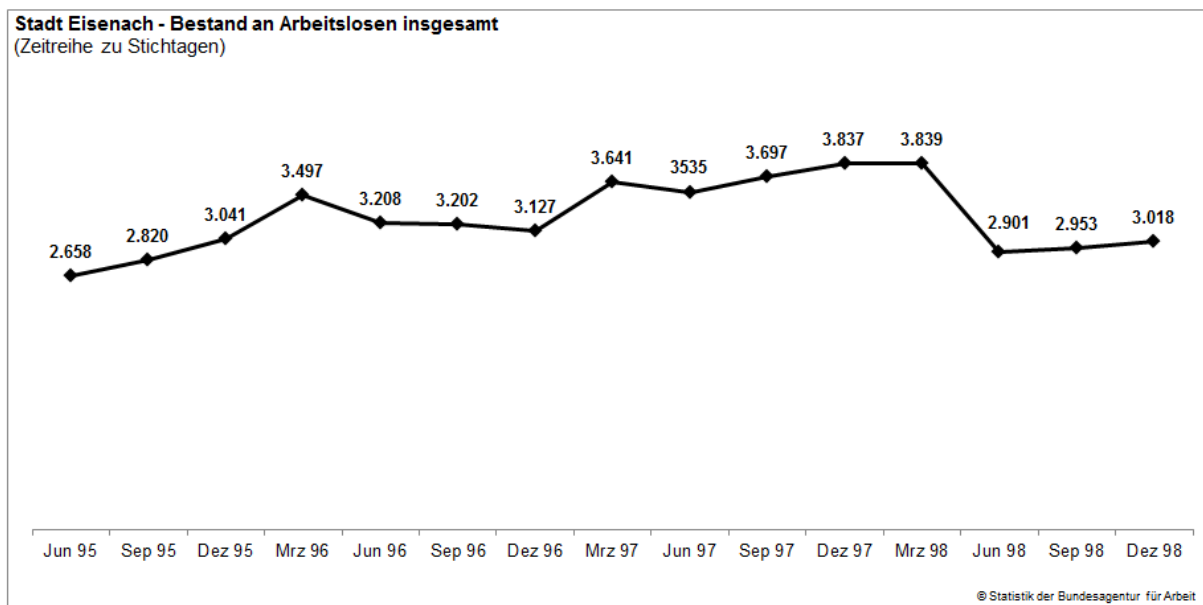


Abbildung 10: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Eisenach – Sozialbericht 1998

Quelle: Arbeitsamt Gotha, Statistik

Während in den Jahren von 1999 bis 2004 die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt Eisenach fiel, stieg die Zahl im Jahr 2005 merklich an. (2005 = 3.069 gegenüber 2004 = 2.673)

In den Jahren 2007 – 2009 fiel die Zahlen wieder (2009 = 2.319) und stiegen im Jahr 2010 (2.673) wieder an.

Seit 2011 ist die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen deutlich fallend. Im Jahr 2012 wurde mit 1.963 die bisher niedrigste Zahl an Arbeitslosen registriert.

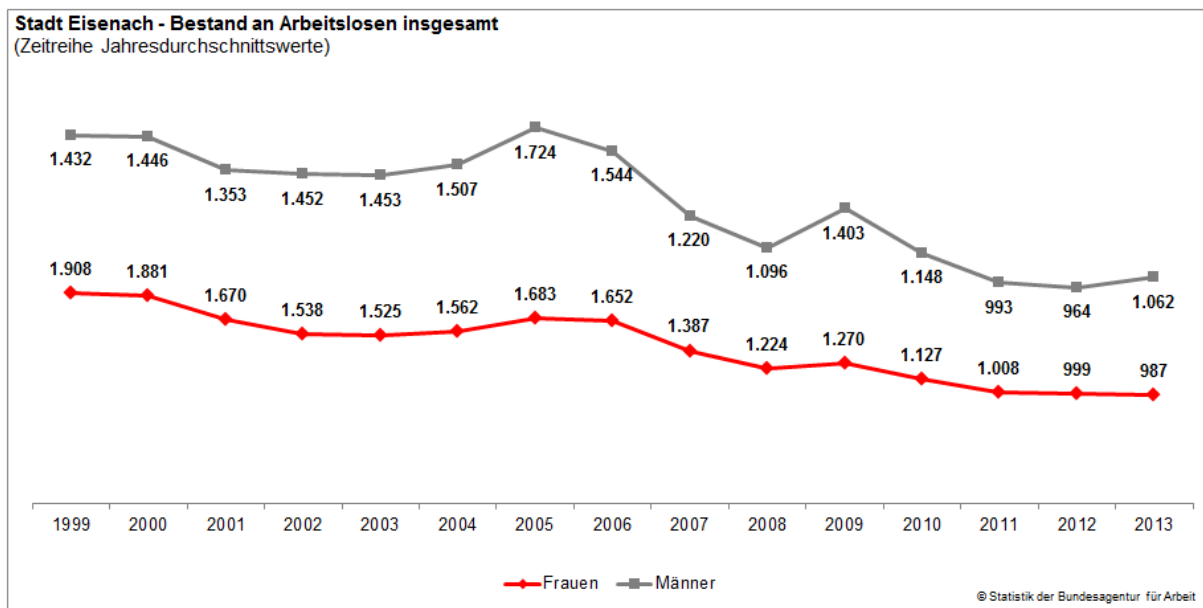


Abbildung 11: Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der Stadt Eisenach

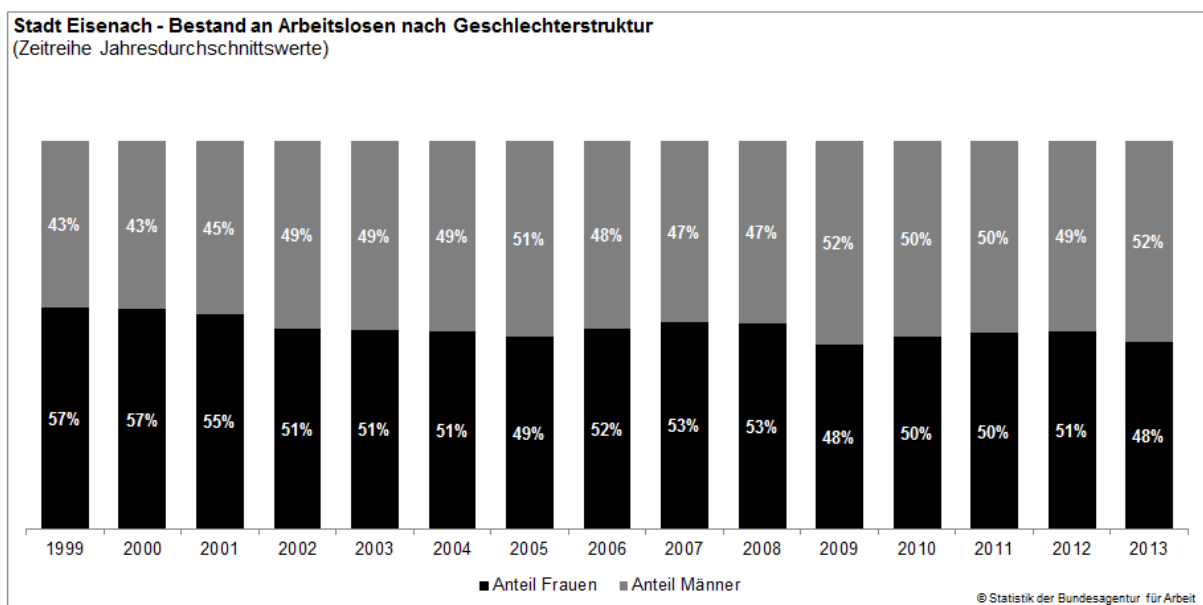


Abbildung 12: Bestand an Arbeitslosen nach Geschlechterstruktur

Während in den Jahren von 1997 bis 2001 Frauen noch am stärksten und auffälligsten von der Arbeitslosigkeit betroffen waren, gleichen sich die Zahlen ab 2002 an.

In den Jahren 2005 und 2009 überstieg die Zahl der arbeitslosen Männer nochmals auffällig die der Frauen und seit 2010 gleichen sich die Zahlen annähernd an.

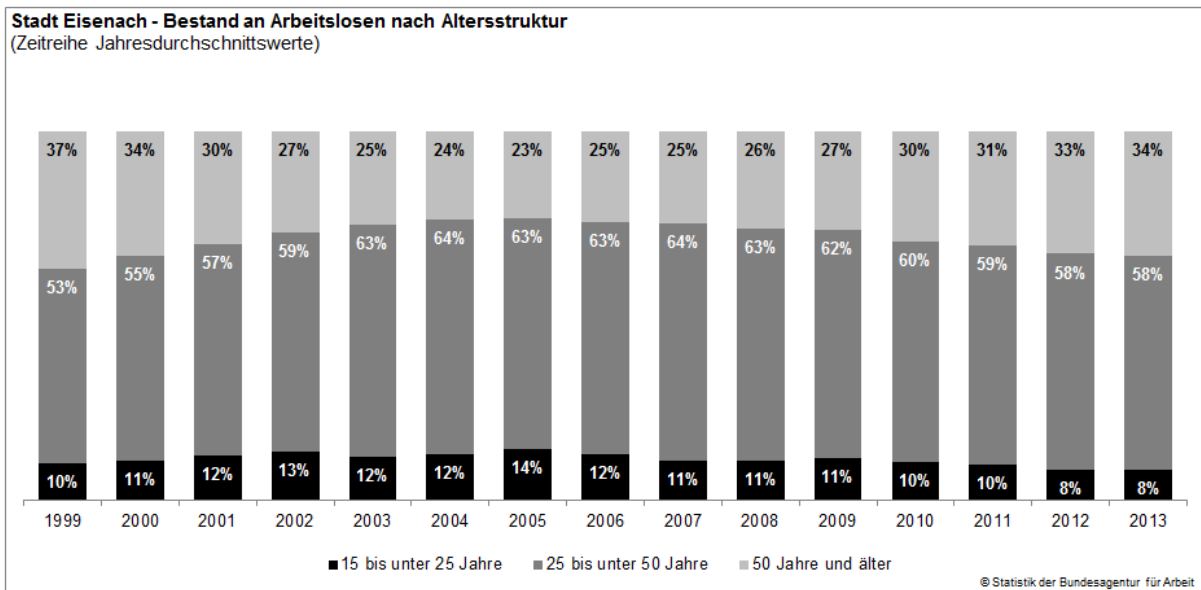


Abbildung 13: Bestand an Arbeitslosen nach Altersstruktur

Der Bestand der arbeitslosen Jugendlichen ist relativ gering und kontinuierlich rückläufig. Festzustellen ist auch, dass die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre seit 2005 permanent zunimmt.

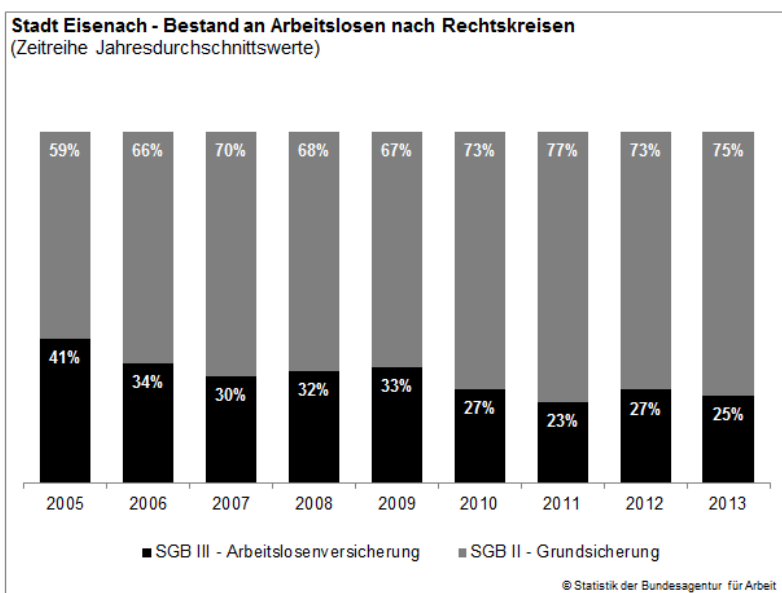


Abbildung 14: Bestand an Arbeitslosen nach Rechtskreisen

3. Arbeitsmarkt / Beschäftigung

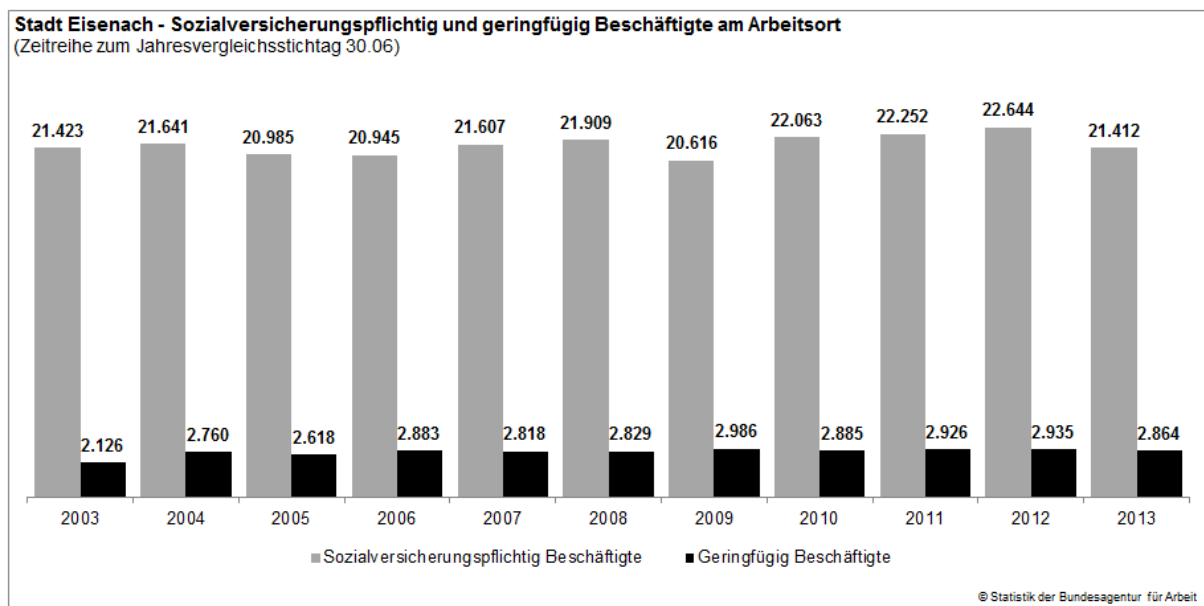


Abbildung 15: Sozialversicherungspflichtig u. geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind. Dazu gehören insbesondere auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten, Werkstudenten und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten, sowie Wehr- und Zivildienstleistende (siehe o. g. Ausnahme).

Zu den **geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** zählen Arbeitsverhältnisse mit einem niedrigen Lohn (**geringfügig entlohnte Beschäftigung**) oder mit einer kurzen Dauer (**kurzfristige Beschäftigung**). Beide werden auch als "Minijob" bezeichnet.

Eine **geringfügig entlohnte Beschäftigung** nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Die Geringfügigkeitsgrenze beträgt bis einschließlich zum 31.12.2012 400 Euro und ab dem 01.01.2013 450 Euro. Regelmäßig bedeutet, dass, wenn die Grenze von 450 Euro nur gelegentlich und nicht vorhersehbar überschritten wird, trotzdem eine geringfügig entlohnte Beschäftigung vorliegt.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Jobcenter Eisenach

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003 wurde die frühere Arbeitslosenhilfe und die frühere Sozialhilfe im Sozialgesetzbuch – Zweites Buch (SGB II) zusammengeführt. Die bis dahin getrennte Trägerschaft ging in Arbeitsgemeinschaften bestehend aus Arbeitsagentur und kommunalem Träger über.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 03.08.2010 (gültig ab 01.01.2011) waren Weiterentwicklungen zu zuständigen kommunalen Trägern (zkt) und gemeinsamen Einrichtungen (gE) möglich.

Die Aufgaben nach dem SGB II werden in der Stadt Eisenach durch die gemeinsame Einrichtung (gE – vom 01.01.2005 bis 31.12.2011 Arbeitsgemeinschaft (Arge)) der Agentur für Arbeit Suhl und der Stadt Eisenach, dem Jobcenter Eisenach, ausgeführt.

Aufgaben und Ziele (Auszug § 1 SGB II)

1) Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll es Leistungsberechtigten ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.

(2) Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können. Sie soll erwerbsfähige Leistungsberechtigte bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist als durchgängiges Prinzip zu verfolgen.

Die Leistungen der Grundsicherung sind insbesondere darauf auszurichten, dass

1. durch eine Erwerbstätigkeit Hilfebedürftigkeit vermieden oder beseitigt, die Dauer der Hilfebedürftigkeit verkürzt oder der Umfang der Hilfebedürftigkeit verringert wird,
2. die Erwerbsfähigkeit einer leistungsberechtigten Person erhalten, verbessert oder wieder hergestellt wird,
3. geschlechtsspezifischen Nachteilen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entgegengewirkt wird,
4. die familienspezifischen Lebensverhältnisse von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die Kinder erziehen oder pflegebedürftige Angehörige betreuen, berücksichtigt werden,
5. behindertenspezifische Nachteile überwunden werden,
6. Anreize zur Aufnahme und Ausübung einer Erwerbstätigkeit geschaffen und aufrechterhalten werden.

(3) Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst Leistungen

1. zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit und
2. zur Sicherung des Lebensunterhalts.

Formen der Leistung (Auszug § 4 SGB II)

(1) Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden erbracht in Form von

1. Dienstleistungen,
2. Geldleistungen und
3. Sachleistungen.

(2) Die nach § 6 zuständigen Träger wirken darauf hin, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen die erforderliche Beratung und Hilfe anderer Träger, insbesondere der Kranken- und Rentenversicherung, erhalten. Die nach § 6 zuständigen Träger wirken auch darauf hin, dass Kinder und Jugendliche Zugang zu geeigneten vorhandenen Angeboten der gesellschaftlichen Teilhabe erhalten. Sie arbeiten zu diesem Zweck mit Schulen und Kindertageseinrichtungen, den Trägern der Jugendhilfe, den Gemeinden und Gemeindeverbänden, freien Trägern, Vereinen und Verbänden und sonstigen handelnden Personen vor Ort zusammen. Sie sollen die Eltern unterstützen und in geeigneter Weise dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche Leistungen für Bildung und Teilhabe möglichst in Anspruch nehmen.

Der Arbeitsmarkt

Seit 2005 ist die Gesamtarbeitslosigkeit deutlich von 3.113 auf 1.993 im Jahr 2012 zurückgegangen. Unterbrochen wurde diese gute Entwicklung durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Arbeitsmarktlisch und Demographie bedingt war die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit erfreulich.

Die Übersicht zeigt, dass die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach dem SGB II von dieser Entwicklung ebenfalls profitierten.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2006

	Gesamt	SGB III	<i>SGB II</i>
2006	3.113	1.086	2.109
2007	2.607	790	1.817
2008	2.319	744	1.576
2009	2.673	882	1.791
2010	2.275	612	1.662
2011	2.000	458	1.543
2012	1.993	521	1.441

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit seit 2006

	Gesamt	SGB III	<i>SGB II</i>
2006	395	148	247
2007	282	118	164
2008	247	139	109
2009	304	139	166
2010	237	79	158
2011	196	61	135
2012	163	72	91

Die Darstellung der Integrationen erwerbsfähiger Leistungsberechtigter nach dem SGB II in den wettbewerbsbestimmenden Arbeitsmarkt weist aus, dass das Jobcenter ein wichtiger Partner für die wirtschaftliche Entwicklung im Raum Eisenach ist und einen wichtigen Beitrag für die Arbeitskräfte- und Fachkräftegewinnung leistet.

Integrationen seit 2011

	Integrationen	Integrationsquote
2011	1215	35,50
2012	1027	32,89
2013	952	30,29

Die Integrationsquote stellt das Verhältnis der Anzahl der Integrationen von Berichtsmonat Januar bis einschließlich des betrachteten Berichtsmonats zum durchschnittlichen Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten dar.

Der Rückgang der tatsächlichen Integrationen und der Integrationsquote hat einerseits mit einer gewissen Stagnation am Markt und andererseits mit einer deutlichen Verhärtung von Langzeitarbeitslosigkeit im städtischen Raum Eisenach zu tun.

Beschäftigung

Die bemerkenswerte Entwicklung der Beschäftigten wird im Vergleich mit Deutschland gesamt, Thüringen und der Städte Erfurt und Jena deutlich.

So hat sich seit 2005 die Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von 20.985 bis 2012 auf 22.644 um 1659 erhöht.

	Beschäftigungsquote gesamt					davon: Ältere					davon Frauen				
	Deu.	Thür.	Jena	Erfurt		Deu.	Thür.	Jena	Erfurt		Deu.	Thür.	Jena	Erfurt	
2005	47,0	47,8	43,9	44,7	48,7	37,3	40,1	46,1	40,1	40,6	43,4	46,7	44,7	45,9	46,9
2006	47,6	49,0	45,0	45,5	49,5	38,9	41,9	47,9	41,4	42,1	43,7	47,4	45,8	46,4	47,5
2007	48,8	51,0	46,7	46,7	51,4	41,2	44,8	49,8	43,7	45,4	44,6	49,1	47,6	47,4	49,0
2008	50,0	52,9	48,7	48,4	52,9	43,0	47,0	51,7	45,7	47,1	45,8	50,9	49,2	48,8	50,1
2009	50,1	52,9	49,4	48,9	51,8	44,5	48,3	53,7	47,7	47,9	46,6	51,8	50,6	49,8	50,1
2010	51,0	54,6	50,5	50,3	54,4	46,0	50,3	55,0	49,3	49,6	47,5	53,4	51,7	50,8	52,2
2011	52,1	56,1	51,7	52,0	56,2	47,2	51,6	56,2	50,6	51,8	48,5	54,8	52,5	52,2	53,5
2012	52,9	56,8	52,2	52,5	57,2	48,3	52,4	56,2	51,2	52,4	49,4	55,5	53,2	52,7	54,6

Spitzenwerte kann die Stadt Eisenach bei der Beschäftigungsquote gesamt aber auch beim Anteil der Beschäftigung Älterer und beim Anteil der Beschäftigung von Frauen vorweisen.

Markt und Integration

Ältere gehen in Lohn (AGIL)

Die Umsetzung des Bundesprogrammes Perspektive 50+ hat im Jobcenter Eisenach eine besondere Priorität und wird mit den Paktpartnern in Südwestthüringen unter dem Namen AGIL (Ältere gehen in Lohn) realisiert.

	2010	2011	2012
Integrationen	86	97	79

Landesarbeitsmarktprogramm (LAP) I-Punkt

In den Jahren 2010 bis 2012 insgesamt 220 Teilnehmer.

Integration: 61 Teilnehmer auf dem 1. Arbeitsmarkt

Weiterbildung / Qualifizierung: 35 Teilnehmer

U25: 15 Teilnehmer, davon 7 Integration, 5 Weiterbildungen

Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein (AVGS)

§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. mit § 45 SGB III:

Maßnahme zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

2012 = 18 eingelöste Gutscheine

Dieses Instrument wurde nur zögerlich genutzt, da es erst mit der Instrumentenreform zum 01.06.2012 in den Produktkatalog aufgenommen wurde und erst geeignete Angebote durch die Träger zertifiziert werden mussten.

Vermittlungsgutschein für einen privaten Arbeitsvermittler

	2010	2011	2012
Ausgegebene Gutscheine	423	325	158
Eingelöste Gutscheine	37	22	7

Die Nachfrage nach diesem Instrument geht deutlich zurück.

Förderung der beruflichen Weiterbildung

Ausgegebene Bildungsgutscheine

2010	100 Teilnehmer
2011	154 Teilnehmer
2012	358 Teilnehmer

Teilnehmer Förderung der beruflichen Weiterbildung (FBW)

2010	70 Gutscheine
2011	115 Gutscheine
2012	244 Gutscheine

Abschlussorientierte Qualifikation

2010	16 Teilnehmer
2011	8 Teilnehmer
2012	10 Teilnehmer

Mit den Investitionen in berufliche Weiterbildung und Berufsabschlüsse leistet das Jobcenter einen besonderen Beitrag für den Fachkräftebedarf der Zukunft.

Arbeitsgelegenheiten

2010	463 Teilnehmer
2011	590 Teilnehmer
2012	340 Teilnehmer

Teilnahme an Maßnahmen zur Erlangung des Real- oder Hauptschulabschlusses

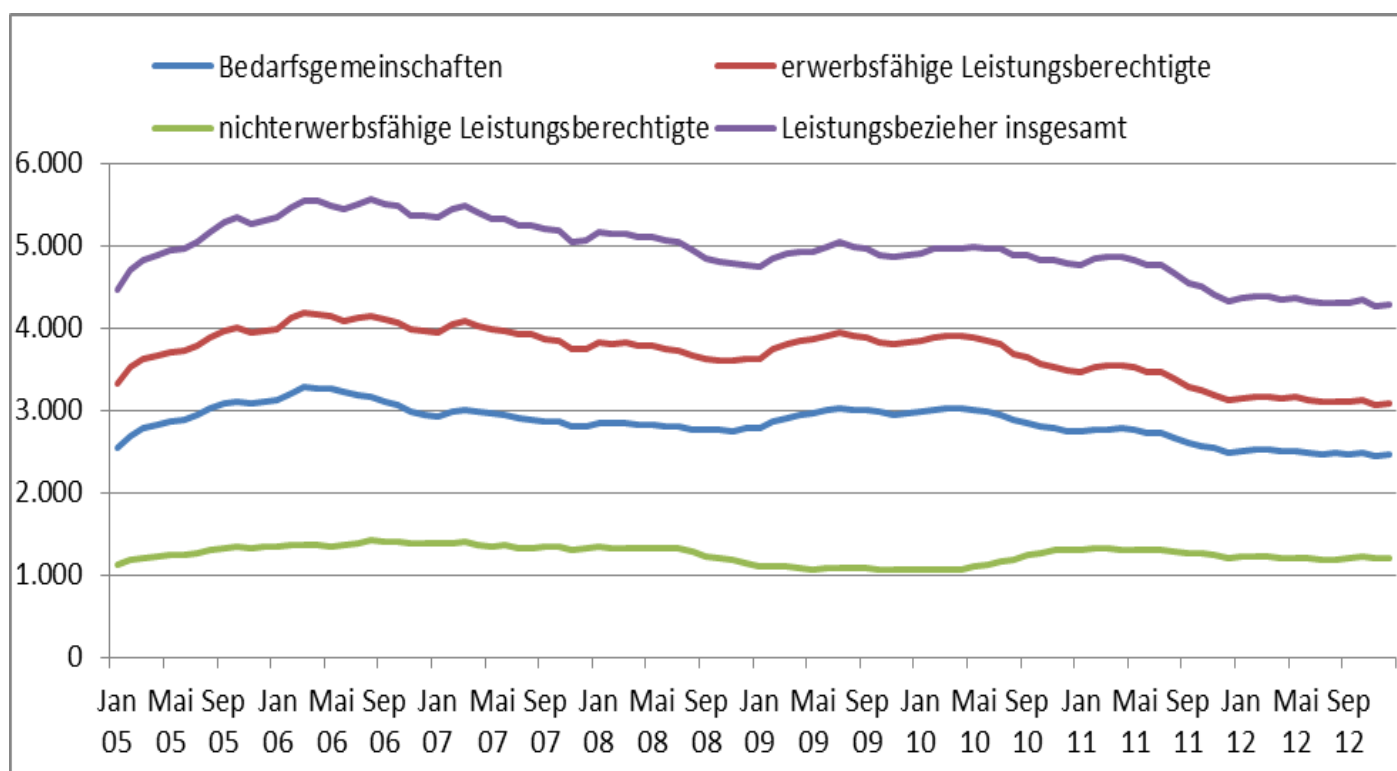
In den Jahren 2010 bis 2012 haben insgesamt 92 Jugendliche an Maßnahmen zur Erlangung des Haupt- oder Realschulabschlusses teilgenommen

	2010	2011	2012
Teilnehmer	33	26	33
Realschulabschluss erreicht	1	1	3
Hauptschulabschluss erreicht	10	5	7
dav. qualifizierter Hauptschulabschluss	0	1	2

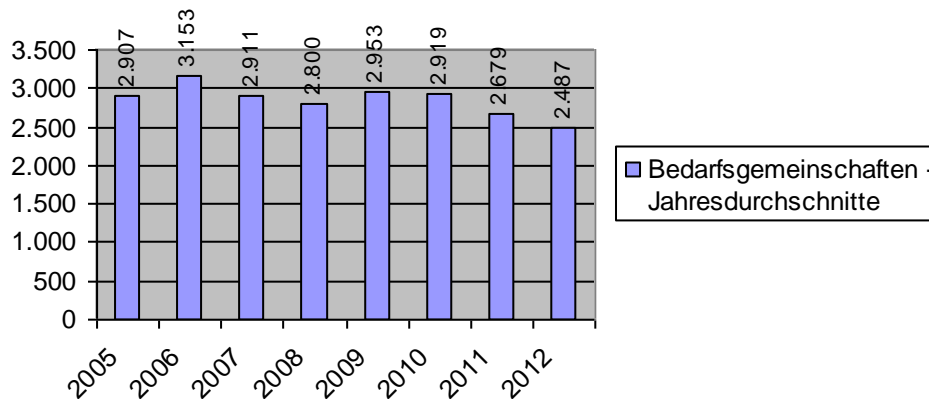
Im Abschlussjahr 2013 haben von 40 Teilnehmern 12 Jugendliche den Hauptschulabschluss (davon 2 Jugendliche den qualifizierten Hauptschulabschluss) und 6 Jugendliche den Realschulabschluss erreicht. Diese Förderung hat im Jobcenter Eisenach besondere Priorität. Parallel zur Erlangung der Schulabschlüsse wird immer der Übergang zu einer Ausbildung angestrebt.

Menschen und Familien in Betreuung des Jobcenters Eisenach

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften (BG), erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb), nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (neLb), Leistungsberechtigte (LB) gesamt seit 2010



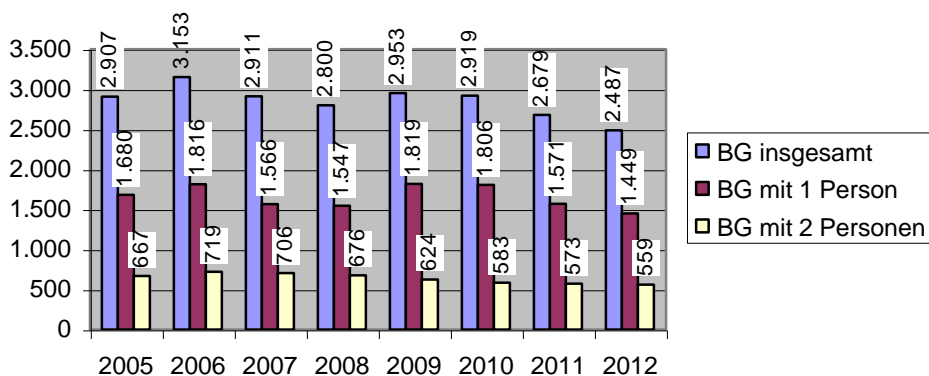
Bedarfsgemeinschaften seit 2005 - Jahresdurchschnitte



Waren mit der Einführung des SGB II zum 01.01.2005 durchschnittlich 2.907 Bedarfsgemeinschaften in Eisenach gemeldet, erreichte die Zahl in 2006 von durchschnittlich 3.135 Bedarfsgemeinschaften den Höhepunkt, um ab 2007 wieder zu fallen.

In 2012 lag die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften bei 2.487.

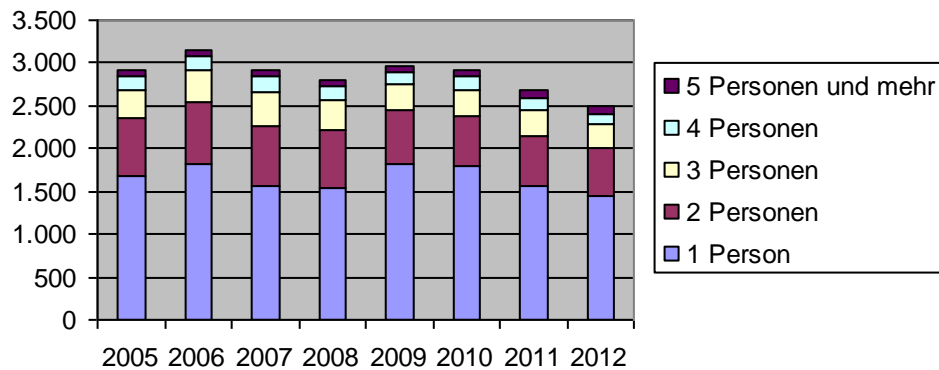
Gegenüberstellung BGs insgesamt und BGs mit 1 bzw. 2 Personen Jahresdurchschnitte



Die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit nur 1 Person betrug in 2005 1.680, stieg in den Jahren 2006 auf 1.816, fiel in den Folgejahren auf rd. 1.550 um in den Jahren 2009 und 2010 auf rd. 1.810 wieder zu steigen.

Erst in 2012 fielen die Bedarfsgemeinschaften mit einer Person mit durchschnittlich 1.449 auf den niedrigsten Stand seit Einführung des SGB II im Jahr 2005.

Gegenüberstellung BGs mit 1, 2, 3, 4, 5 und mehr Personen

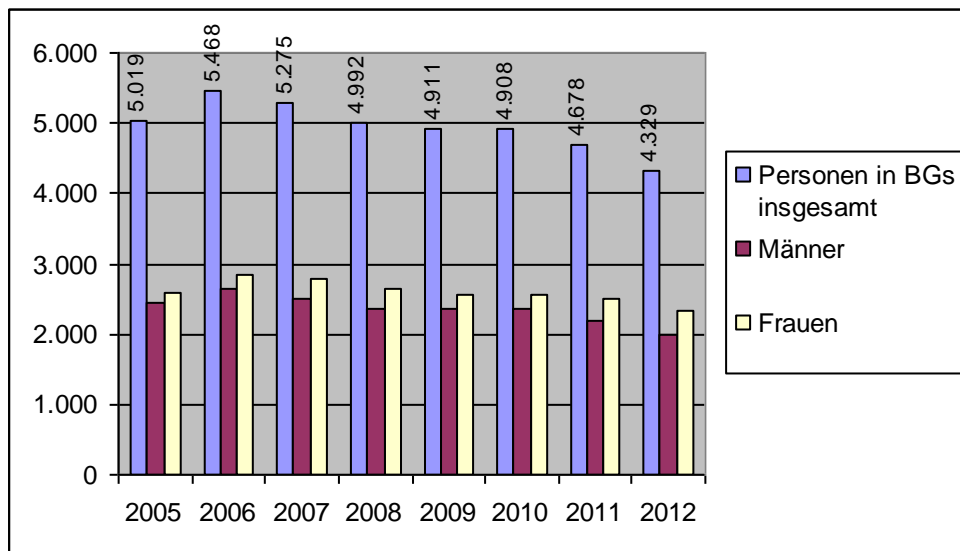


Darstellung der Anzahl der Personen in den Bedarfsgemeinschaften (Jahresdurchschnittswerte)

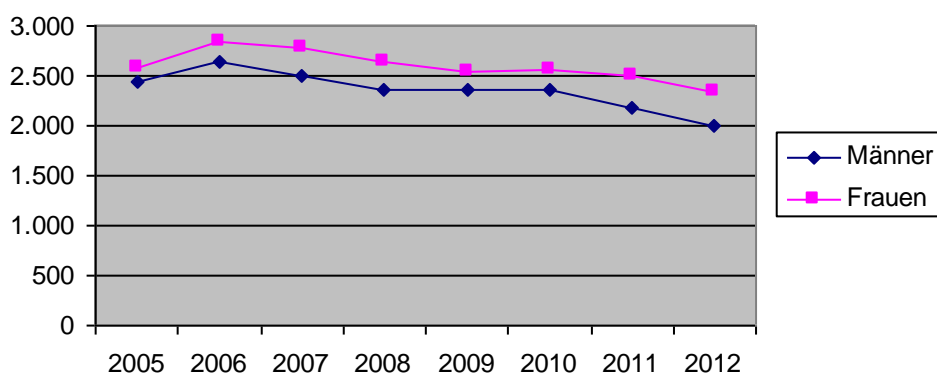
Die stärkste Gruppe bilden in der Stadt Eisenach die Bedarfsgemeinschaften mit einer Person.

Personen in Bedarfsgemeinschaften

Betrachtet man die Geschlechterverhältnisse in den Bedarfsgemeinschaften erhält man folgendes Bild:

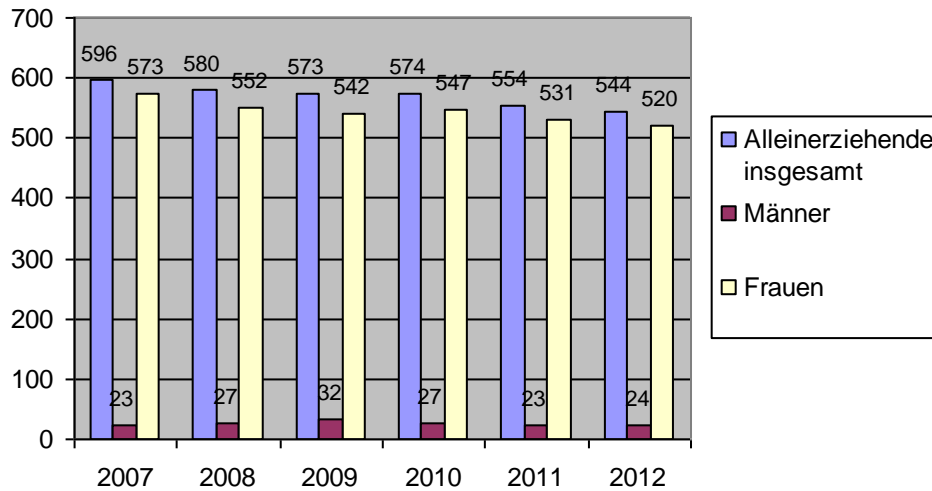


Männer und Frauen in Bedarfsgemeinschaften - Jahresdurchschnittswerte



Die Zahl der weiblichen SGB II-Leistungsbezieher lag grundsätzlich höher als die Zahl der männlichen SGB II-Leistungsbezieher und stieg in 2012 auf den Höchststand.

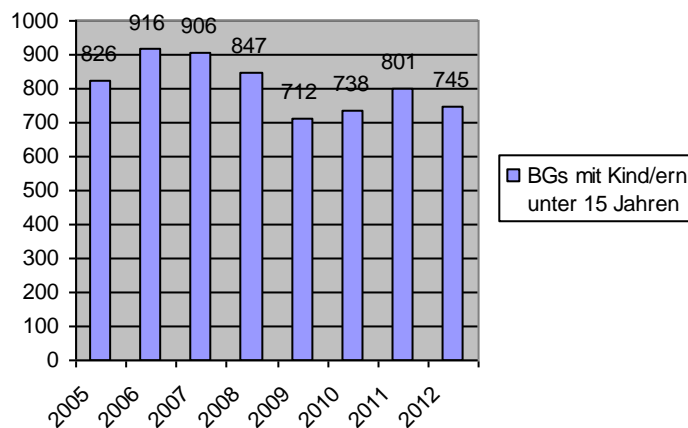
Alleinerziehende

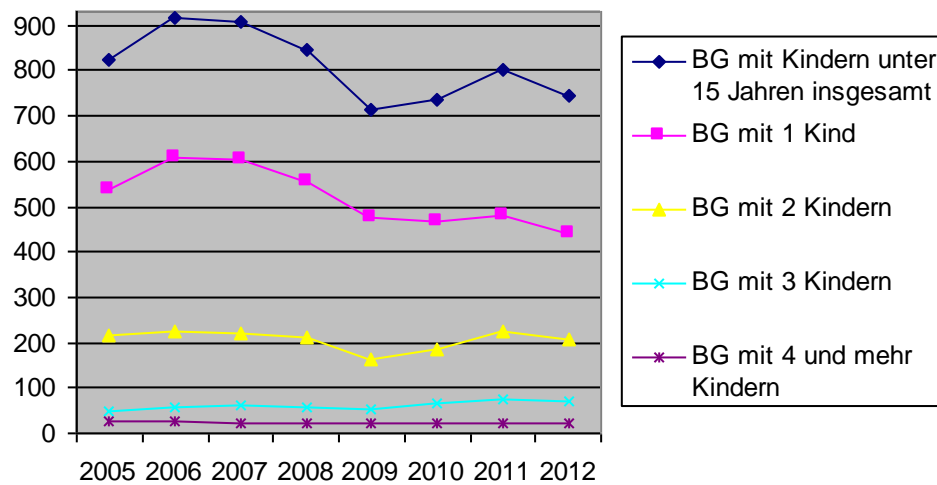


Während in den Jahren 2005 – 2012 rd. 557 der Alleinerziehenden weiblich waren, betrug die Zahl der alleinerziehenden Männer durchschnittlich 26.

Bedarfgemeinschaften mit Kindern

BGs mit Kind/-ern unter 15 Jahren



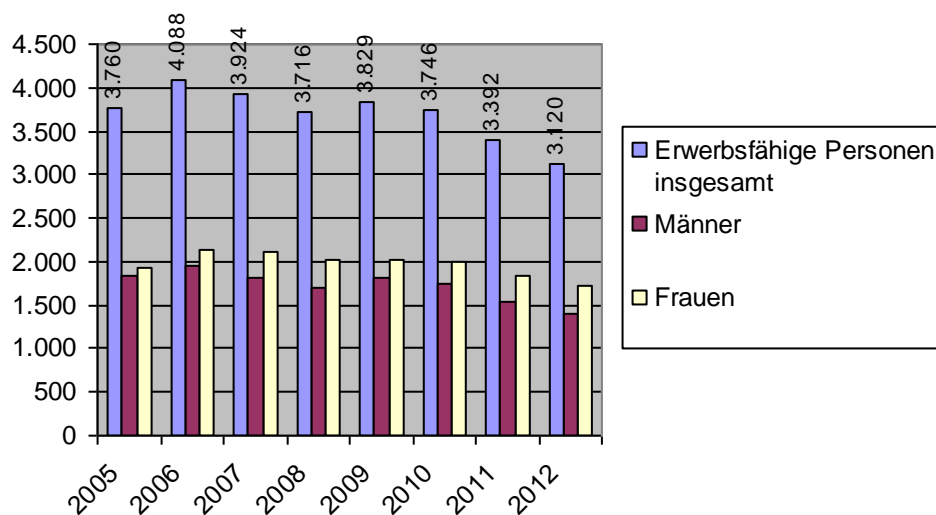


Erwerbsfähige Leistungsberechtigte

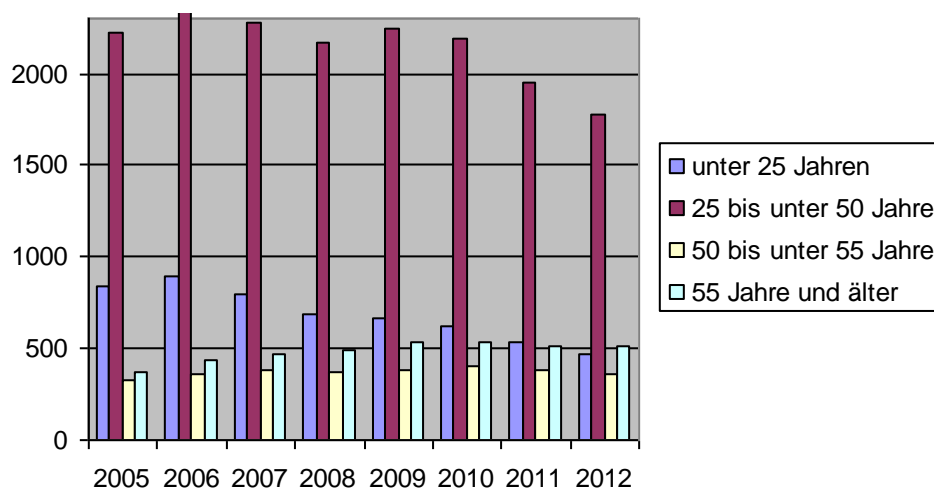
Gemäß § 7 SGB II erhalten Leistungen nach diesem Buch Personen, die

1. das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a noch nicht erreicht haben
2. erwerbsfähig sind
3. hilfebedürftig sind und
4. ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben

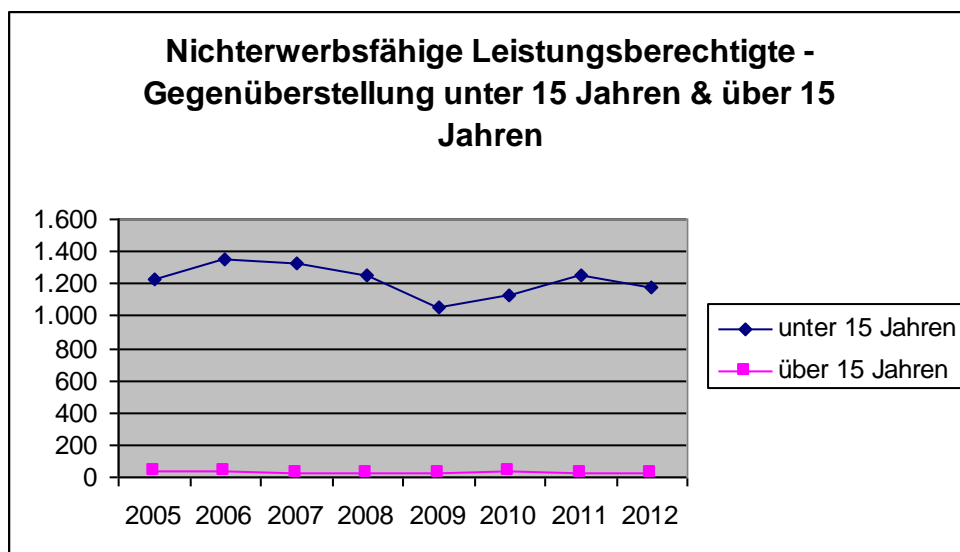
(erwerbsfähige Leistungsberechtigte).



Die Zahl der erwerbsfähigen Frauen, im Leistungsbezug des SGB II liegt im Vergleich zur den erwerbsfähigen Männern deutlich höher.

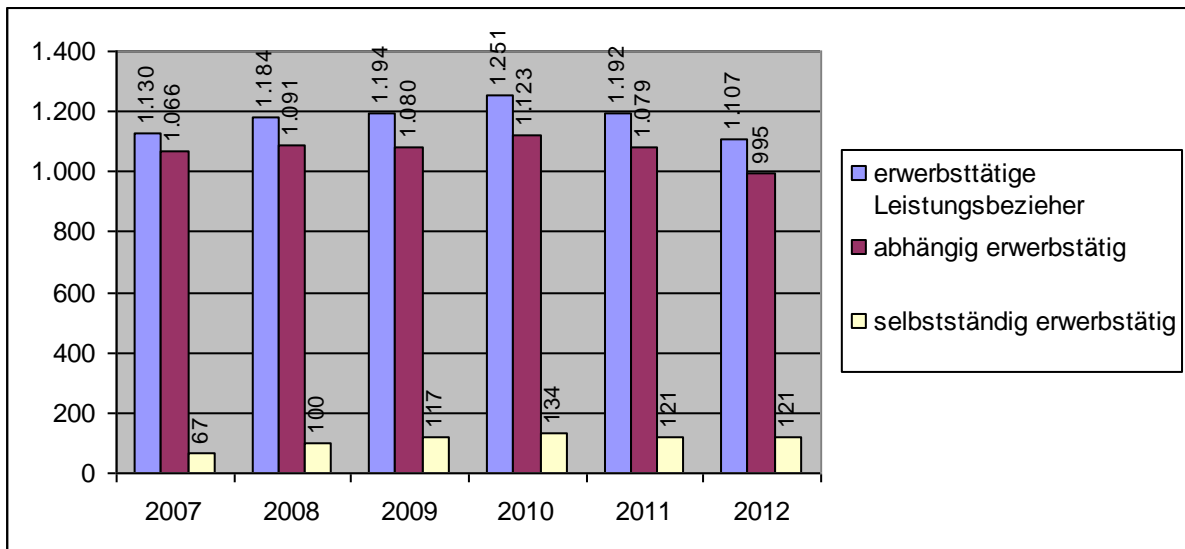


Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte



Bei den nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten handelt es sich vornehmlich um Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren.

Erwerbstätige Leistungsbezieher

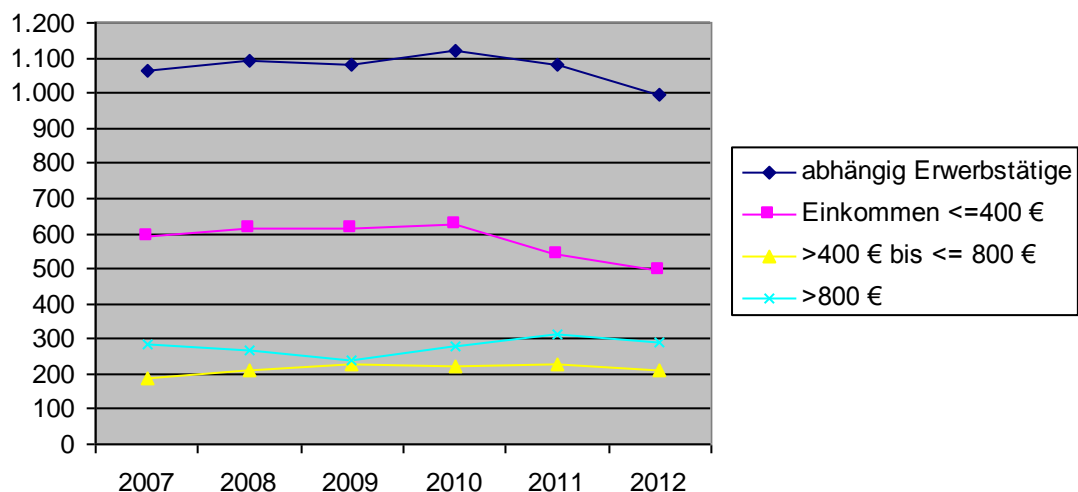


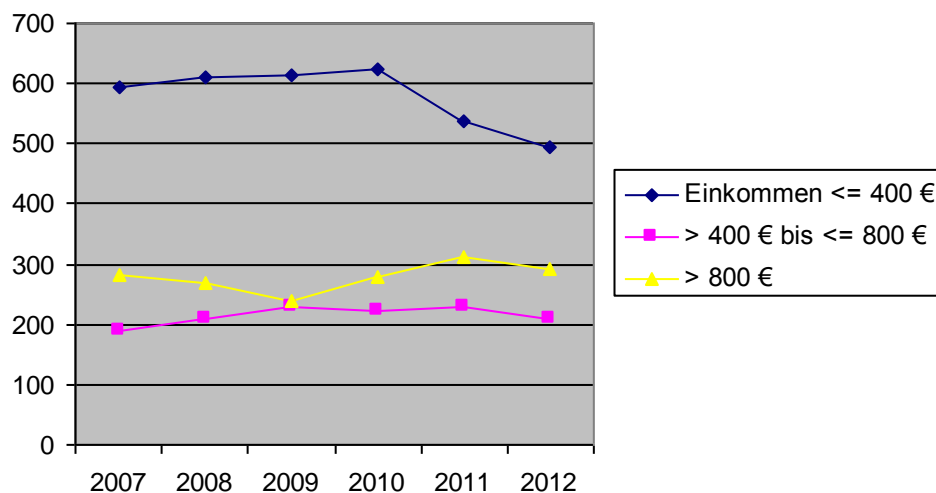
Aufgrund der Tatsache, dass Erwerbstätige mitunter 2 Beschäftigungen nachgehen (als abhängig Erwerbstätige & als selbstständig Erwerbstätige) ergeben sich Doppelzählungen.

Die Zahl der selbstständig erwerbstätigen Leistungsbezieher nach dem SGB II ist im Vergleichszeitraum 2008 – 2012 auf einem fast einheitlichen Niveau.

Einkommenssituation - Einkommenshöhen

	abhängig erwerbstätig	Einkommen von <=400 €	> 400 € bis <= 800 €	> 800 €
2007	1.066	593	190	283
2008	1.091	612	209	270
2009	1.080	613	230	238
2010	1.123	624	222	278
2011	1.079	538	228	313
2012	995	494	210	291





	Einkommen von <=400 €	> 400 € bis <= 800 €	> 800 €
2007	593	190	283
2008	612	209	270
2009	613	230	238
2010	624	222	278
2011	538	228	313
2012	494	210	291

Die Zahl der Leistungsempfänger mit einem Einkommen weniger als 400 € ist in den Jahren 2011 und 2012 merklich gesunken.

Sanktionen

§ 31 SGB II - OK - Pflichtverletzungen

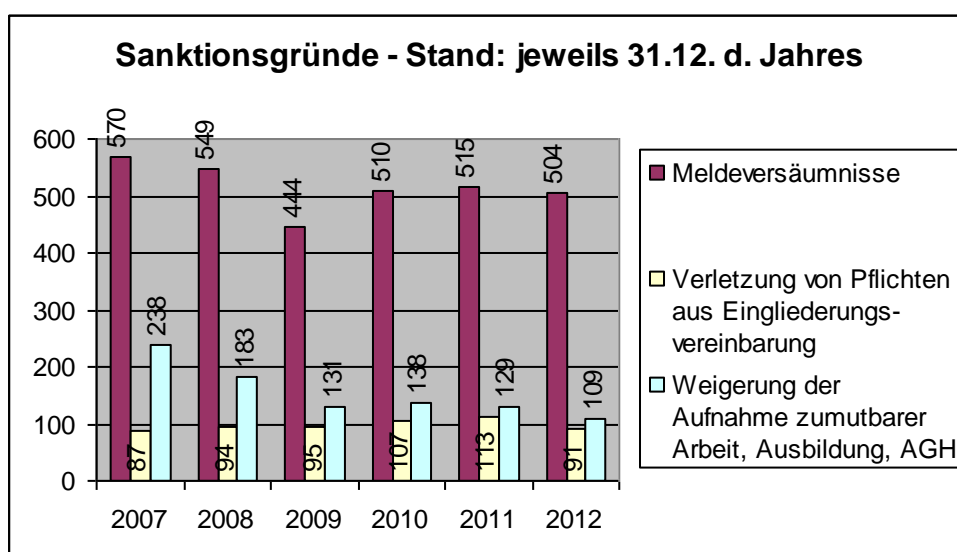
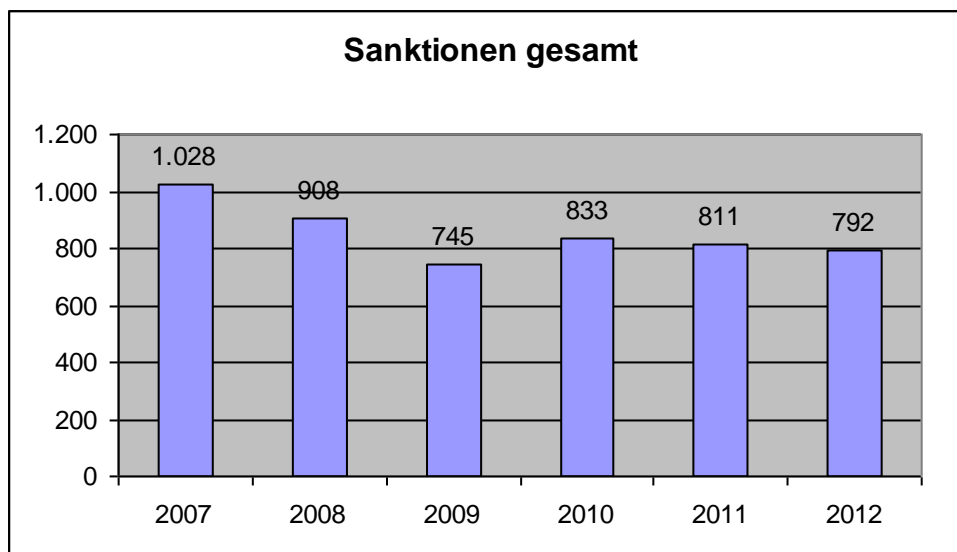
(1) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte verletzen ihre Pflichten, wenn sie trotz schriftlicher Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis

1. sich weigern, in der Eingliederungsvereinbarung oder in dem diese ersetzenden Verwaltungsakt nach § 15 Absatz 1 Satz 6 festgelegte Pflichten zu erfüllen, insbesondere in ausreichendem Umfang Eigenbemühungen nachzuweisen,
2. sich weigern, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit nach § 16d oder ein nach § 16e gefördertes Arbeitsverhältnis aufzunehmen, fortzuführen oder deren Anbahnung durch ihr Verhalten verhindern,
3. eine zumutbare Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit nicht antreten, abbrechen oder Anlass für den Abbruch gegeben haben.

Dies gilt nicht, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen.

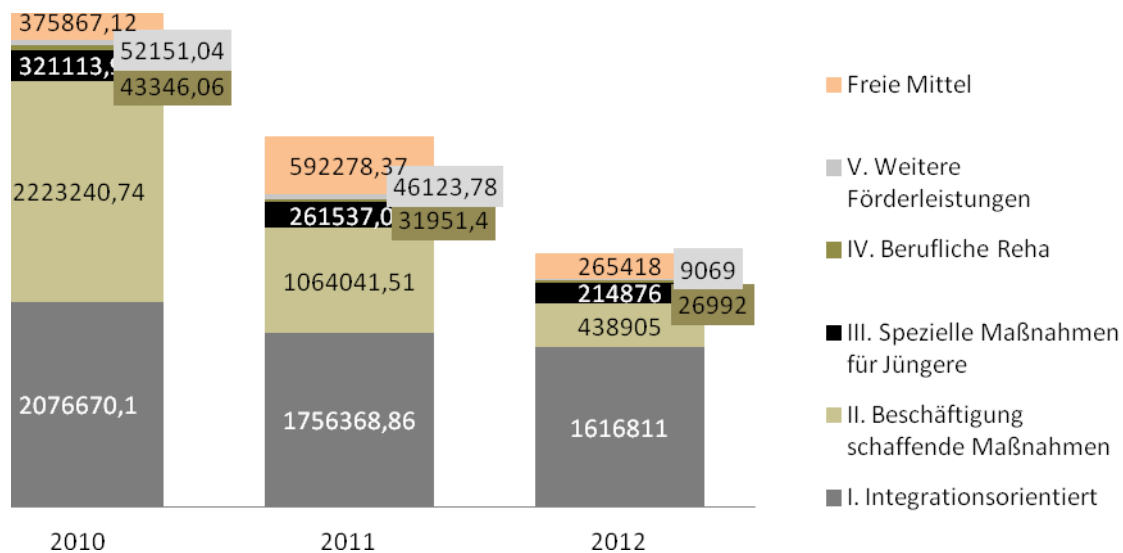
(2) Eine Pflichtverletzung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist auch anzunehmen, wenn

1. sie nach Vollendung des 18. Lebensjahres ihr Einkommen oder Vermögen in der Absicht vermindert haben, die Voraussetzungen für die Gewährung oder Erhöhung des Arbeitslosengeldes II herbeizuführen,
2. sie trotz Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis ihr unwirtschaftliches Verhalten fortsetzen,
3. ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht oder erloschen ist, weil die Agentur für Arbeit das Eintreten einer Sperrzeit oder das Erlöschen des Anspruchs nach den Vorschriften des Dritten Buches festgestellt hat, oder
4. sie die im Dritten Buch genannten Voraussetzungen für das Eintreten einer Sperrzeit erfüllen, die das Ruhen oder Erlöschen eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld begründen.



Haushalt Jobcenter Eisenach

	2010	2011	2012
Globalbudget	8.320.503 €	7.093.697 €	5.775.078 €
dav. Eingliederungstitel	5.092.389 €	3.752.301 €	2.572.073 €
dav. Verwaltungskosten	3.228.114 €	3.341.396 €	3.203.005 €



Das Jobcenter Eisenach muss seine Aufgaben seit 2010 mit einem deutlich sinkenden Globalbudget bewältigen. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf die Finanzmittel für Eingliederungsleistungen. Dem wird mit effektiver und bedarfsgerechter Maßnahme Planung Realisierung Rechnung getragen.

Geldleistungen nach dem SGB II

Gemäß § 19 Absatz 1 Satz 1 SGB II erhalten erwerbsfähige Leistungsberechtigte Arbeitslosengeld II.

Gemäß Satz 3 umfassen diese Leistungen den Regelbedarf, Mehrbedarfe und den Bedarf für Unterkunft und Heizung.

Regelleistung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Leistungen Gesamt	2.205.275	2.411.117	2.157.132	2.095.507	2.270.805	2.243.823	1.969.831	1.886.469
ALG II	898.642	987.986	930.313	889.900	945.131	924.188	813.776	787.594
dar. Regelleistung	*	890.837	853.392	818.612	870.143	852.176	757.203	730.229
Sozialgeld	20.770	25.452	27.207	26.132	32.619	29.991	20.962	20.074
dar. Regelleistung	*	25.299	27.028	25.976	29.600	25.779	20.666	19.840
SV Beiträge	573.540	605.432	426.076	428.524	477.335	467.699	330.288	312.096
Sonstige	10.683	11.056	11.166	11.461	10.928	11.622	9.674	7.487

Durchschnittliche Leistungen für Bedarfsgemeinschaften (ohne LFU)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Leistungen Gesamt	759	765	741	748	769	756	735	758
Regelleistung	*	319	333	335	337	333	328	340
Sozialgeld	*	74	78	84	88	78	78	78

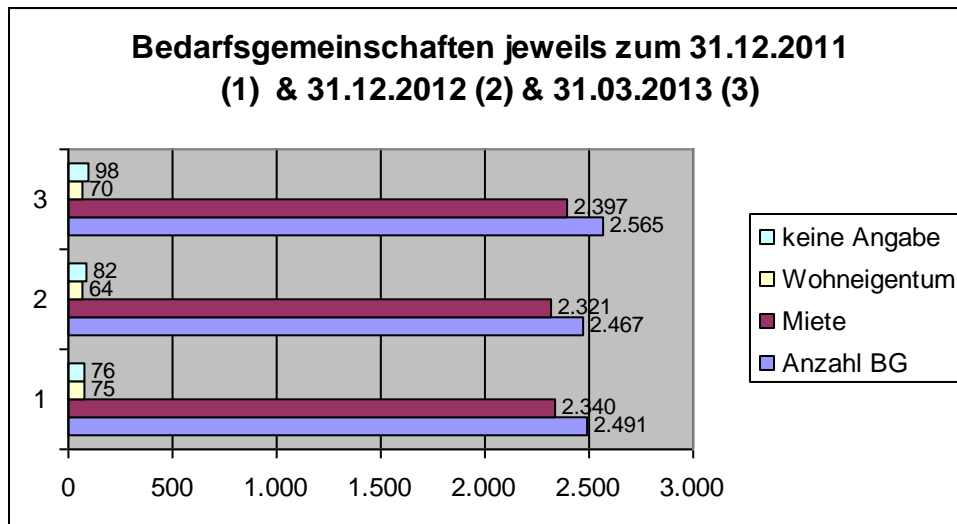
Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II

Die Stadt Eisenach als kommunaler Träger im Jobcenter Eisenach ist für die Erbringung von Leistungen nach § 16a, 22, 24 und 28 SGB II verantwortlich.

Seitens der Stadt Eisenach wurden folgende Unterkunftsrichtlinien erlassen:

1. KdU-Richtlinie	vom 12.11.2004	in Kraft ab	01.01.2005
2. KdU-Richtlinie	vom 27.03.2008	in Kraft ab	01.04.2008
3. KdU-Richtlinie	vom 23.10.2008	in Kraft ab	01.11.2008
⇒ 1. Arbeitshinweis zur 3. KdU-RL	vom 10.03.2010	in Kraft ab	10.03.2010
⇒ 2. Arbeitshinweis zur 3. KdU-RL	vom 23.03.2011	in Kraft ab	01.04.2011
4. KdU-Richtlinie	vom 29.08.2012	in Kraft ab	01.08.2012

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach Unterkunftsart



Für die Jahre 20011, 2012 und für das 1. Quartal 2013 ist aus der o. a. Darstellung ersichtlich, dass die Zahl von Besitzern von Wohneigentum bei Leistungsbeziehern nach dem SGB II mit Anspruch auf Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung überaus gering ist, im Gegensatz zu Mietern von Wohnungen.

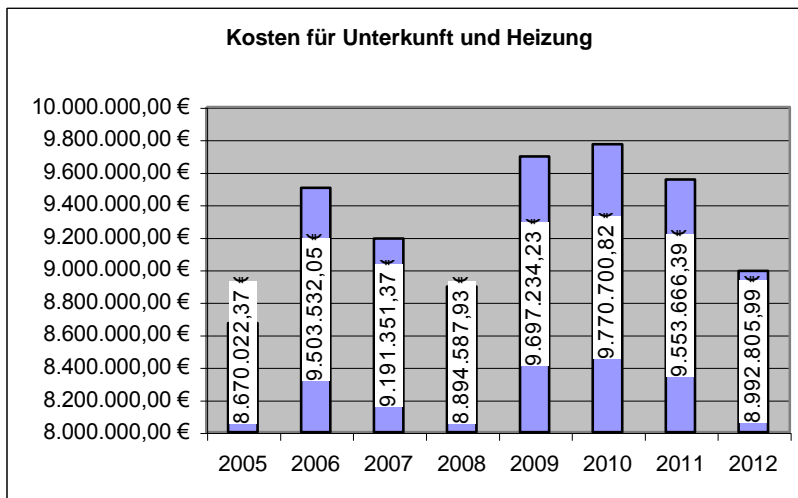
Dies hat Auswirkungen auf den örtlichen Wohnungsmarkt, da die Nachfrage nach preiswerten Wohnungen sehr stark ist.

Vor allem bei Wohnungsgrößen bis 45 qm – Wohnungsgröße von Einzelpersonen – ist dies auffällig. Die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit nur 1 Person betrug in 2005 1.680, stieg in den Jahren 2006 auf 1.816, fiel in den Folgejahren auf rd. 1.550, um in den Jahren 2009 und 2010 auf rd. 1.810 wieder zu steigen.

Aufgrund der hohen Zahl von alleinlebenden Bürgerinnen und Bürger im hohen Alter ist die Nachfrage nach kleinen Wohnungen gleichfalls sehr hoch.

Dies hat Auswirkungen auf den Mietpreis bei kleinen Wohnungen und daher auch auf die von der Stadt Eisenach zu übernehmenden Kosten für Unterkunft und Heizung.

Kosten für Unterkunft und Heizung der Jahre 2005 bis 2012 – Jobcenter Eisenach (vormals ARGE Grundsicherung Eisenach)



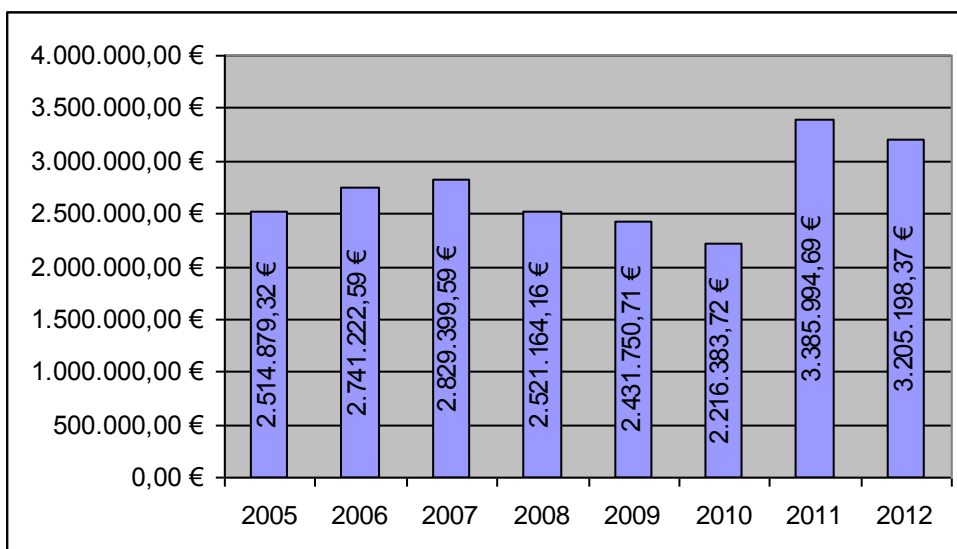
Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung gem. § 46 SGB II

Gemäß § 46 SGB II beteiligt sich der Bund zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem § 22 Abs. 1 SGB II.

Die Leistungsbeteiligung betrug für das Land Thüringen in den Jahren

2005 und 2006	=	29,1 %
2007	=	31,2 %
2008	=	28,6 %
2009	=	25,4 %
2010	=	23 %
2011 – 2013	=	30,4 %

Ab dem Jahr 2014 beträgt die Bundesbeteiligung = 27,6 %.



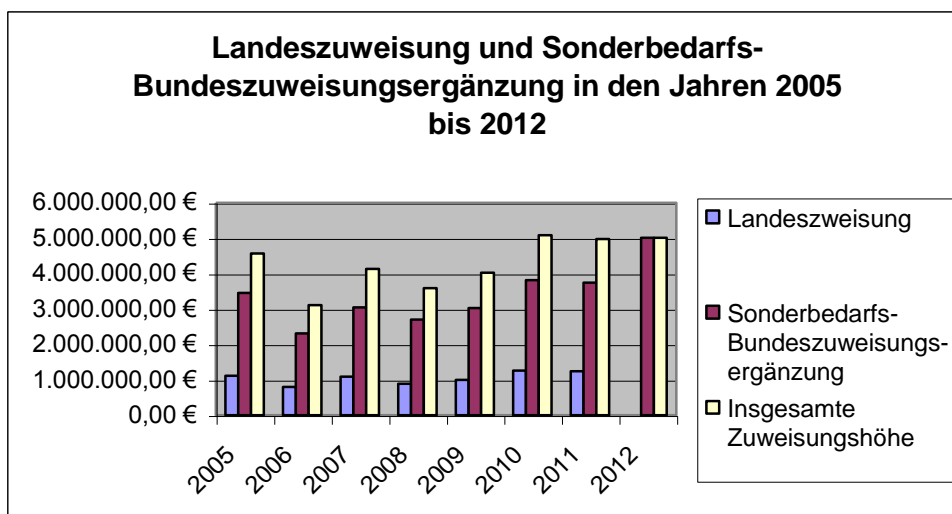
2005	2.514.879,32 €	2009	2.431.750,71 €
2006	2.741.222,59 €	2010	2.216.383,72 €
2007	2.829.399,59 €	2011	3.385.994,69 €
2008	2.521.164,16 €	2012	3.205.198,37 €

Landeszuweisung und Sonderbedarfs-Bundeszuweisungsergänzung in den Jahren 2005 bis 2012

Zum Ausgleich der Zusatzbelastungen bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige erhielten die Landkreise und kreisfreien Städte den dem Land zustehenden Betrag an der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung (SoBez) nach § 11 Abs. 3a des Finanzausgleichgesetzes, gemindert um den Anteil des Landes an der Aufbringung dieses Betrages (§ 1 Abs. 1 Thüringer Gesetz zur Ausführung des zweiten Buches Sozialgesetzbuch – ThürAG-SGB II) und eine Zuweisung nach § 1 Abs. 2 ThürAG-SGB II (Landeszuweisung).

Der nach § 1 Abs. 1 und ThürAG-SGB II den Landkreisen und kreisfreien Städten zuzuweisende Betrag wird nach der Maßgabe des ungedeckten Finanzbedarfs jeder Kommune verteilt. Der ungedeckte Finanzbedarf der einzelnen Kommune bestimmt sich aus der Summe der Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende, insbesondere den Leistungen für Unterkunft und Heizung, gemindert um die Entlastungen im Rahmen der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige.

Hierzu wurden jährlich neue Verteilungsschlüssel festgelegt.

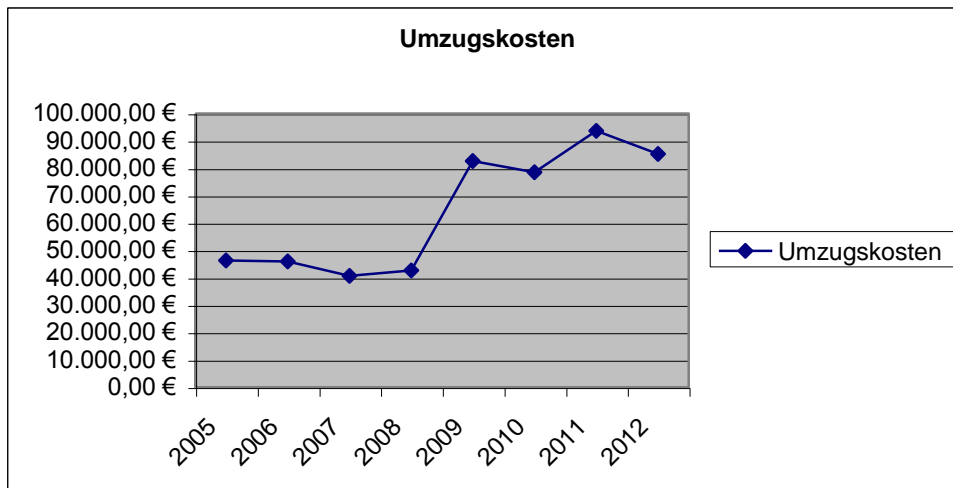


	Landeszuweisung	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung	Insgesamt Zuweisungshöhe
2005	1.113.324,77 €	3.450.169,72 €	4.563.494,49 €
2006	793.980,89 €	2.310.671,89 €	3.104.652,78 €
2007	1.086.536,99 €	3.043.326,07 €	4.129.863,06 €
2008	890.560,72 €	2.698.926,17 €	3.589.486,89 €
2009	1.001.009,35 €	3.023.456,74 €	4.024.466,09 €
2010	1.263.940,21 €	3.817.615,40 €	5.081.555,61 €
2011	1.237.818,23 €	3.738.716,20 €	4.976.534,43 €
2012			5.011.035,25 €

Ab 2012 wurden die Zuweisungen zu einer Zuweisung zusammengefasst.

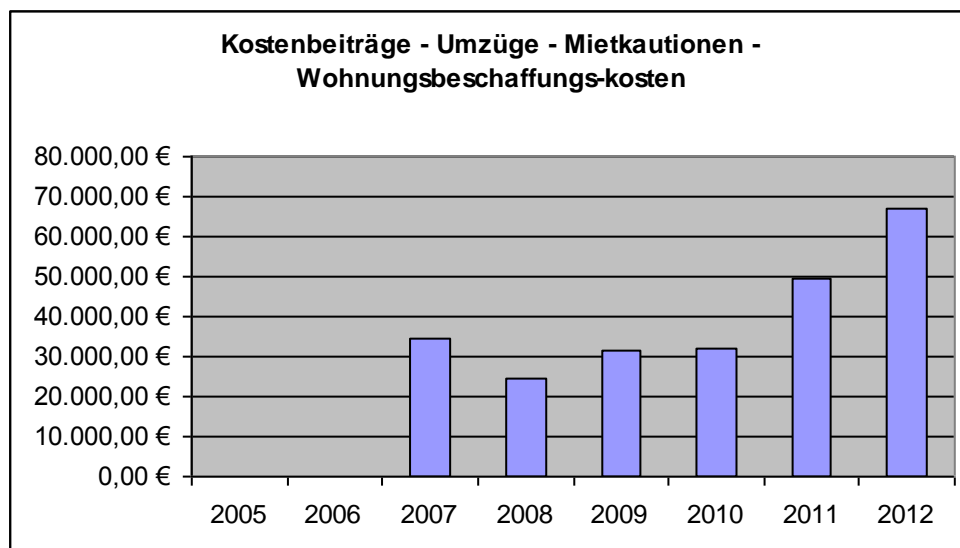
Umzugskosten der Jahre 2005 bis 2012

§ 22 (6) SGB II Wohnungsbeschaffungskosten und Umzugskosten können bei vorheriger Zusicherung durch den bis zum Umzug örtlich zuständigen kommunalen Träger als Bedarf anerkannt werden; eine Mietkaution kann bei vorheriger Zusicherung durch den am Ort der neuen Unterkunft zuständigen kommunalen Träger als Bedarf anerkannt werden. Die Zusicherung soll erteilt werden, wenn der Umzug durch den kommunalen Träger veranlasst oder aus anderen Gründen notwendig ist und wenn ohne die Zusicherung eine Unterkunft in einem angemessenen Zeitraum nicht gefunden werden kann. Eine Mietkaution soll als Darlehen erbracht werden.



2005	46.252,75 €	2009	82.601,38 €
2006	45.941,61 €	2010	78.514,18 €
2007	40.720,29 €	2011	93.631,30 €
2008	42.719,06 €	2012	85.249,02 €

Kostenbeiträge – Umzüge – Mietkautionen - Wohnungsbeschaffungskosten



2005	0,00 €	2009	31.524,42 €
2006	0,00 €	2010	31.780,59 €
2007	34.683,36 €	2011	49.559,15 €
2008	24.256,96 €	2012	66.802,25 €

Bei den Kostenbeiträgen handelt es sich um die Rückzahlung bei darlehensgewährter Hilfeleistung.

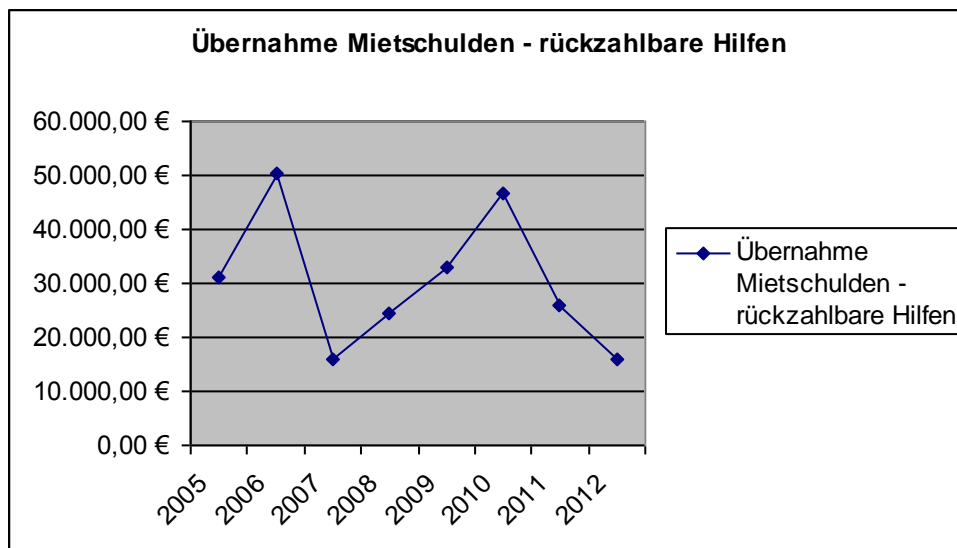
Übernahme Mietschulden

§ 22 (7) SGB II Soweit Arbeitslosengeld II für den Bedarf für Unterkunft und Heizung geleistet wird, ist es auf Antrag der leistungsberechtigten Person an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte zu zahlen. Es soll an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte gezahlt werden, wenn die zweckentsprechende Verwendung durch die leistungsberechtigte Person nicht sichergestellt ist. Das ist insbesondere der Fall, wenn

1. Mietrückstände bestehen, die zu einer außerordentlichen Kündigung des Mietverhältnisses berechtigen,
2. Energiekostenrückstände bestehen, die zu einer Unterbrechung der Energieversorgung berechtigen,
3. konkrete Anhaltspunkte für ein krankheits- oder suchtbedingtes Unvermögen der leistungsberechtigten Person bestehen, die Mittel zweckentsprechend zu verwenden, oder
4. konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die im Schuldnerverzeichnis eingetragene leistungsberechtigte Person die Mittel nicht zweckentsprechend verwendet.

Der kommunale Träger hat die leistungsberechtigte Person über eine Zahlung der Leistungen für die Unterkunft und Heizung an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte schriftlich zu unterrichten.

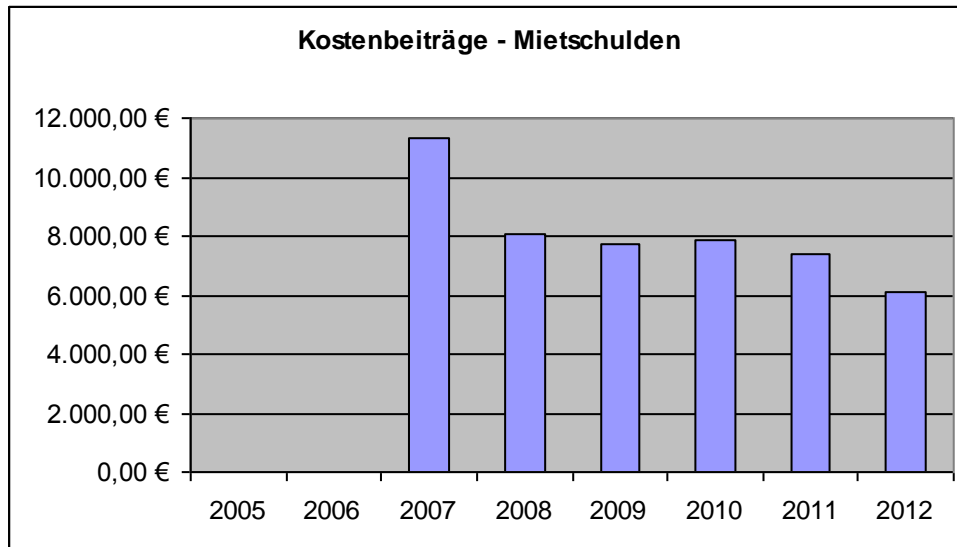
§ 22 (8) SGB II Sofern Arbeitslosengeld II für den Bedarf für Unterkunft und Heizung erbracht wird, können auch Schulden übernommen werden, soweit dies zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist. Sie sollen übernommen werden, wenn dies gerechtfertigt und notwendig ist und sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht. Vermögen nach § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 ist vorrangig einzusetzen. Geldleistungen sollen als Darlehen erbracht werden.



2005 31.113,11 €
2006 50.462,91 €
2007 16.032,59 €
2008 24.265,69 €

2009 33.029,45 €
2010 46.717,98 €
2011 26.081,53 €
2012 15.973,55 €

Kostenbeiträge Mietschulden



2005	0,00 €	2009	7.715,96 €
2006	0,00 €	2010	7.893,74 €
2007	11.313,30 €	2011	7.418,35 €
2008	8.058,79 €	2012	6.113,27 €

Bei den Kostenbeiträgen handelt es sich um die Rückzahlung bei darlehensgewährter Hilfeleistung.

Einmalige Leistungen – Erstausrüstung Wohnung – Babyerstausrüstung & Schwangerschaftsbekleidung

§ 24 (3) SGB II Nicht vom Regelbedarf nach § 20 umfasst sind Bedarfe für

1. Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten,
2. Erstausrüstungen für Bekleidung und Erstausrüstungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie
3. Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten.

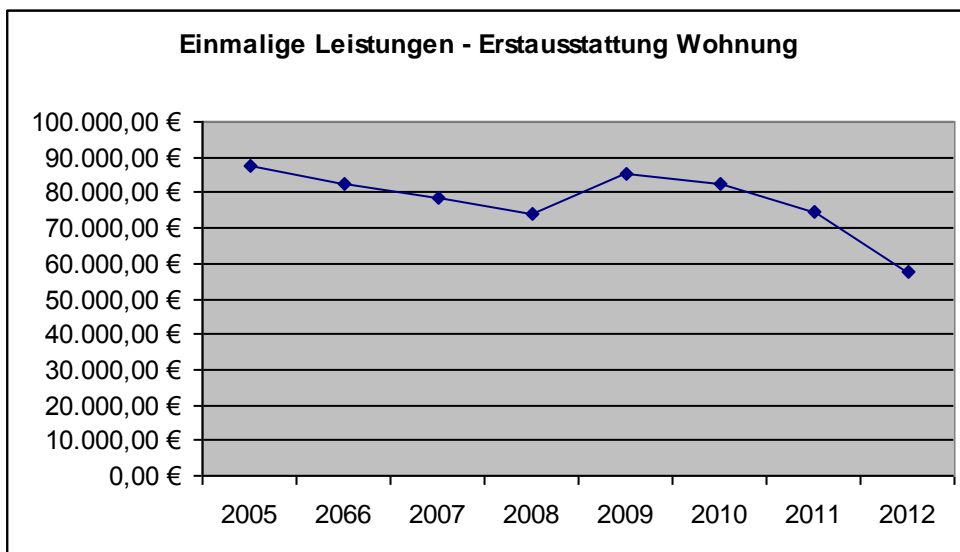
Leistungen für diese Bedarfe werden gesondert erbracht. Leistungen nach Satz 2 werden auch erbracht, wenn Leistungsberechtigte keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung benötigen, den Bedarf nach Satz 1 jedoch aus eigenen Kräften und Mitteln nicht voll decken können.

In diesem Fall kann das Einkommen berücksichtigt werden, das Leistungsberechtigte innerhalb eines Zeitraumes von bis zu sechs Monaten nach Ablauf des Monats erwerben, in dem über die Leistung entschieden wird.

Die Leistungen für Bedarfe nach Satz 1 Nummer 1 und 2 können als Sachleistung oder Geldleistung, auch in Form von Pauschalbeträgen, erbracht werden.

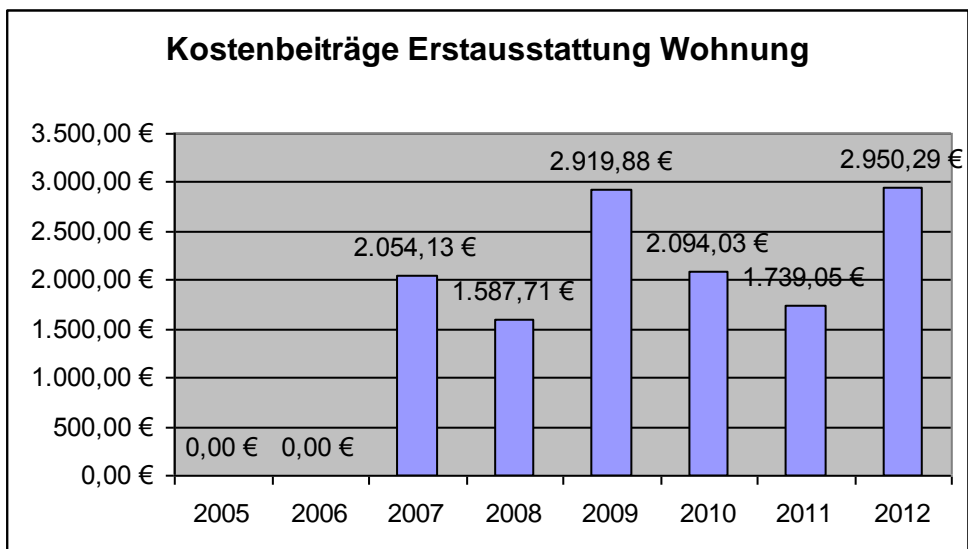
Bei der Bemessung der Pauschalbeträge sind geeignete Angaben über die erforderlichen Aufwendungen und nachvollziehbare Erfahrungswerte zu berücksichtigen.

Einmalige Leistungen – Erstausrüstung Wohnung



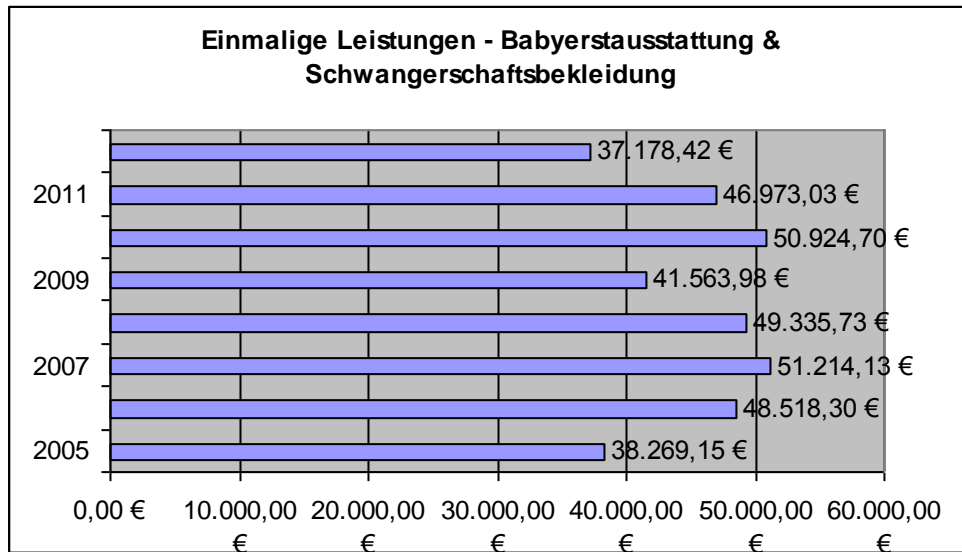
2005	87.407,02 €	2009	85.508,84 €
2006	82.350,80 €	2010	82.424,54 €
2007	78.581,73 €	2011	74.447,46 €
2008	74.123,64 €	2012	57.718,73 €

Kostenbeiträge Erstausrüstung Wohnung

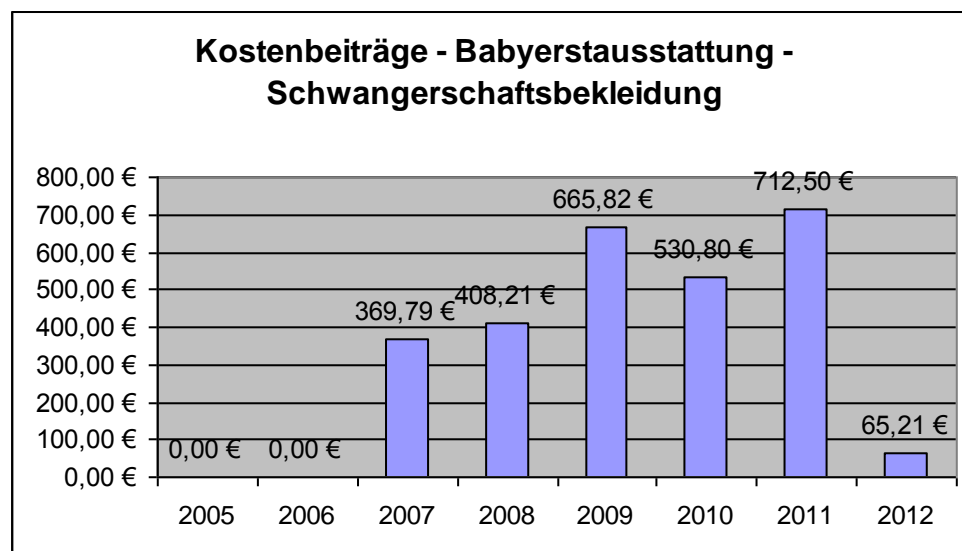


Bei den Kostenbeiträgen handelt es sich um die Rückzahlung bei darlehensgewährter Hilfeleistung.

Einmalige Leistungen – Babyerstausrüstung & Schwangerschaftsbekleidung



Kostenbeiträge – Babyerstausrüstung & Schwangerschaftsbekleidung

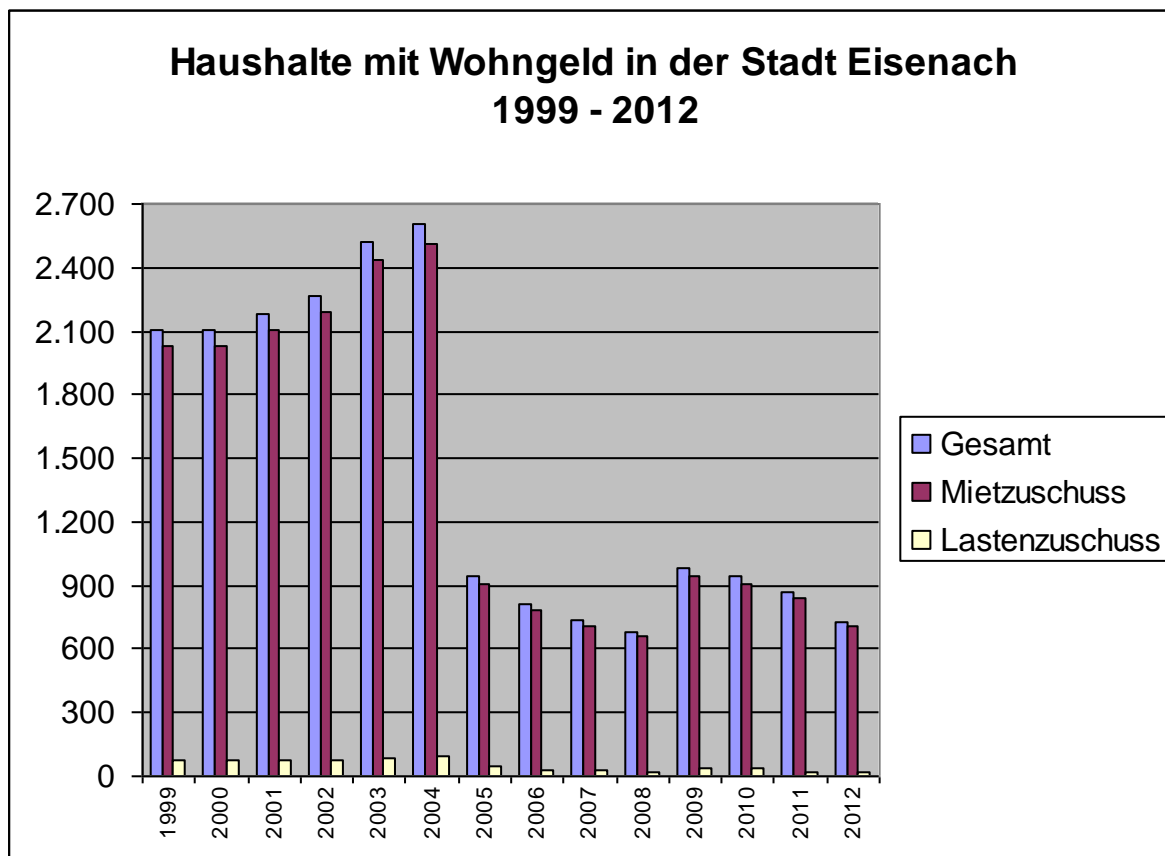


Bei den Kostenbeiträgen handelt es sich um die Rückzahlung bei darlehensgewährter Hilfeleistung.

Quelle: Zahlen SGB II - Statistik der Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter Eisenach / Stadtverwaltung Eisenach Sozialamt

Sozialamt Stadt Eisenach

Wohngeld und Wohngeldempfänger in der Stadt Eisenach seit 1999



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

1999	2.104	2.028	76
2000	2.106	2.029	77
2001	2.177	2.105	72
2002	2.269	2.194	75
2003	2.520	2.436	84
2004	2.605	2.513	92
2005	946	902	44
2006	813	782	31
2007	734	709	25
2008	684	664	20
2009	982	945	37
2010	945	909	36
2011	866	844	22
2012	725	707	18
Gesamt		da. Mietzuschuss	Lastenzuschuss

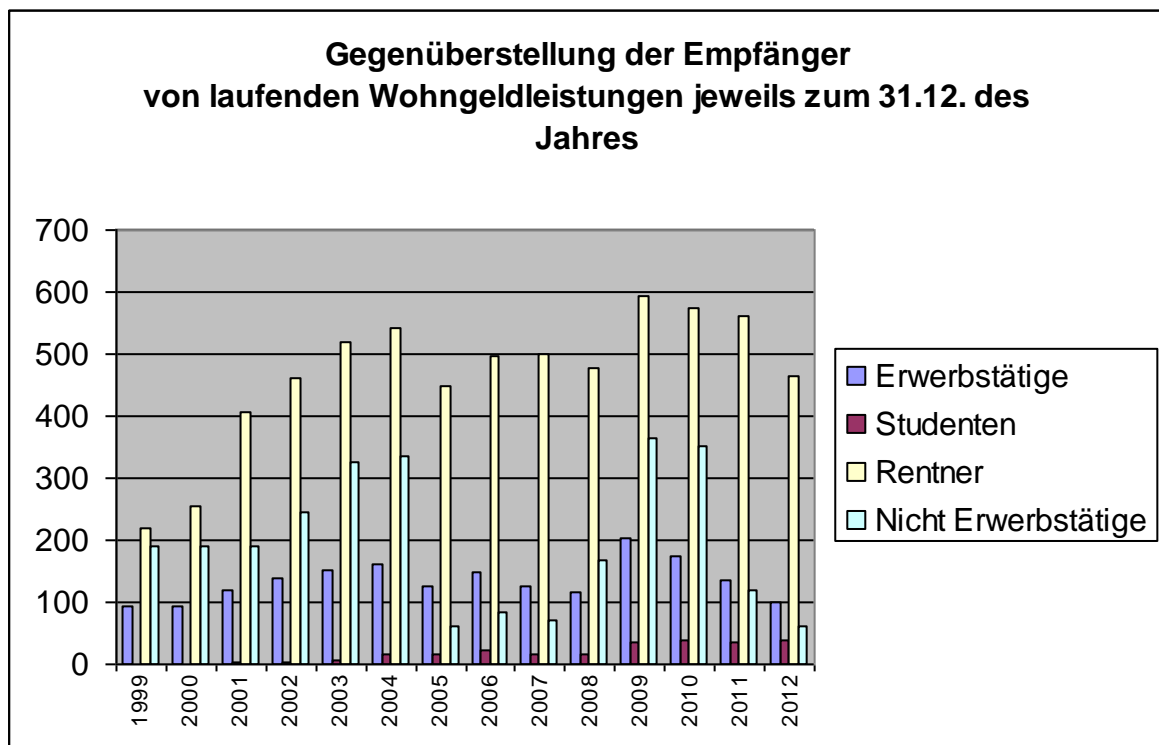
Mit Einführung des Sozialgesetzbuch Zweites Buch ist die Anzahl der Antragsteller im Jahr 2005 gesunken, da die Kosten der Unterkunft für den Personenkreis durch das SGB II übernommen wurde.

Ein Anstieg war mit der Umsetzung der Heizkostenpauschale ab dem Jahr 2009 und 2010 wiederum zu verzeichnen.

Die Anträge auf Mietzuschuss liegen im städtischen Bereich höher. Anträge auf Lastenzuschuss können Eigentümer von selbst bewohnten Eigenheimen und Eigentumswohnungen beantragen.

Die Anzahl der Anträge in der Stadt Eisenach sind dem ländlichen Bereich gegenüber gering.

Zu den Antragstellern auf Mietzuschuss gehören auch die Bewohner von stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Altenpflege.



Quelle: Jahresarbeitsstatistik Wohngeld Landesrechenzentrum Thüringen

Es ist ersichtlich, dass über die angegebenen Jahre die Rentner die höchsten Antragstellungen einnehmen. Das SGB II hat von den Nichterwerbstätigen die Kosten der Unterkunft bei Bedarf übernommen, so dass es zu keiner Wohngeldzahlung mehr kam.

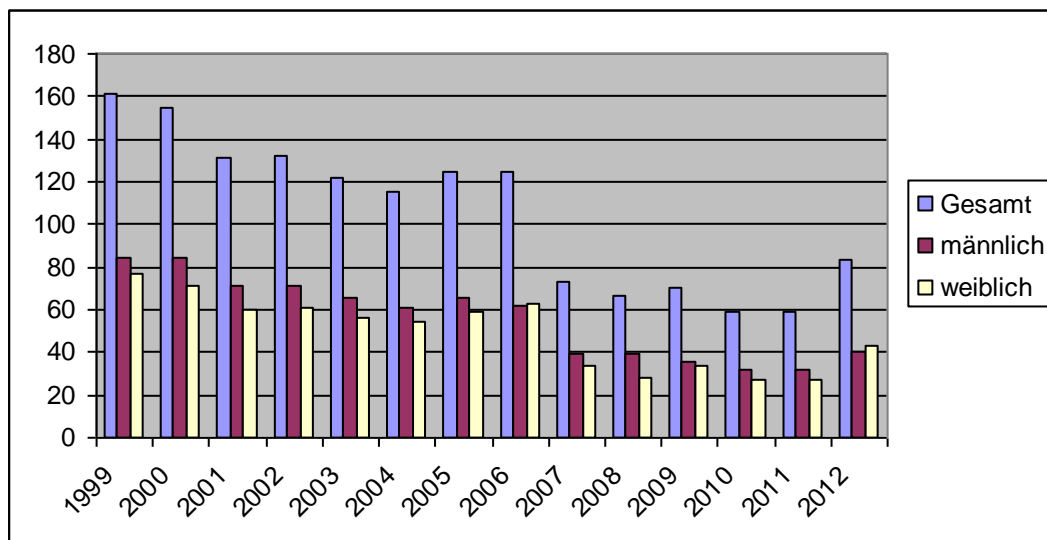
Mit Einführung der Heizkostenpauschale 2009/2010 nahm für diesen Personenkreis die Antragstellung im Wohngeldgesetz wieder zu.

Bei Abschaffung im Jahr 2011 erfolgten die Beantragungen wieder über SGB II.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

1999	161	84	77
2000	155	84	71
2001	131	71	60
2002	132	71	61
2003	122	66	56
2004	115	61	54
2005	125	66	59
2006	125	62	63
2007	73	39	34
2008	67	39	28
2009	70	36	34
2010	59	32	27
2011	59	32	27
2012	83	40	43
	Gesamt	männlich	weiblich



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

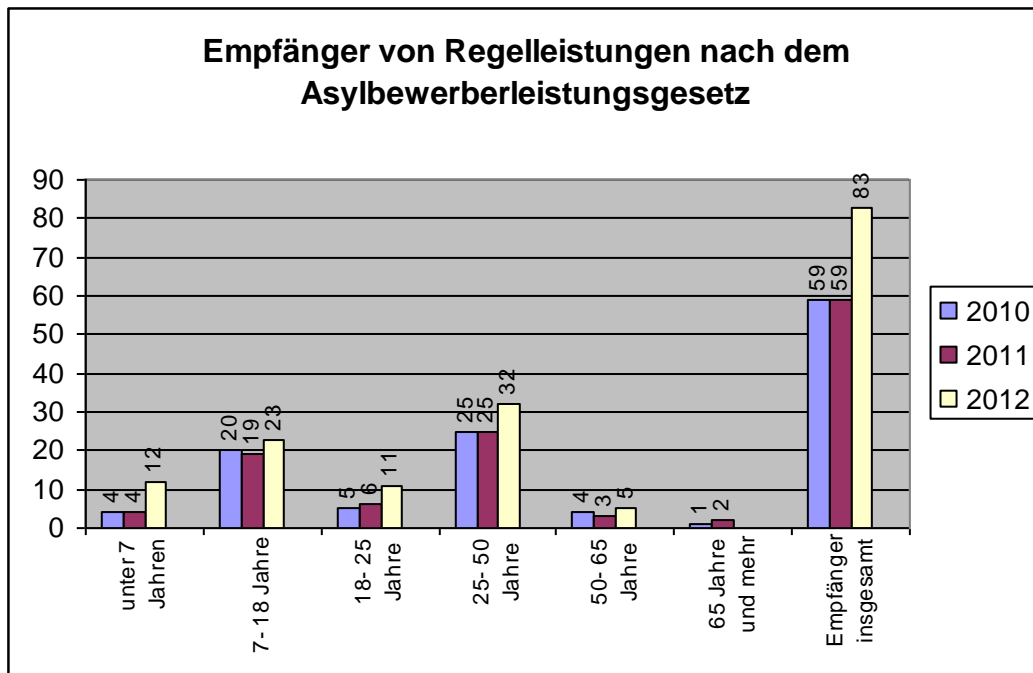
In Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes Karlsruhe vom 18. 07. 2012 sind die Regelsätze für Grundleistungsempfänger nach § 2 und 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ab 01. 08. 2012 neu ermittelt worden.

Für Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG bedeutet dies eine Gleichstellung analog der Leistungsempfänger nach SGB XII.

Für Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG werden die Leistungen um die bereitgestellten Sachleistungen wie z. B. Wohnung und deren Einrichtungsgegenstände gekürzt.

In der Stadt Eisenach werden die ausländischen Flüchtlinge ab 01. 12 2008 im Einzelwohnen untergebracht.

Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unterteilt nach Altersgruppen



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Die Stadt Eisenach gewährt den Kindern von Asylbewerbern, welche Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, Leistungen für Bildung und Teilhabe nach Maßgabe der § 34 und § 34 a.

Somit wird die Teilhabe dieser Kinder und Jugendlichen in Bezug auf Schule und Freizeit ermöglicht.

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) - Regelsätze

Regelsätze ab	Haus- halts- vorstand	ehe- maliger Misch Regel- satz	Erwachs. ohne eigenen Haushalt	Jugendliche vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres
01.01.2005	331,00 €	298,00 €	265,00 €	265,00 €	199,00 €	
01.01.2007	345,00 €	311,00 €	276,00 €	276,00 €	207,00 €	
01.07.2007	347,00 €	312,00 €	278,00 €	278,00 €	208,00 €	
01.07.2008	351,00 €	316,00 €	281,00 €	281,00 €	211,00 €	
01.07.2009	359,00 €	323,00 €	287,00 €	287,00 €	251,00 €	215,00 €
01.01.2011	364,00 €	328,00 €	291,00 €	287,00 €	251,00 €	215,00 €
01.01.2012	374,00 €	337,00 €	299,00 €	287,00 €	251,00 €	219,00 €
01.01.2013	382,00 €	345,00 €	306,00 €	289,00 €	255,00 €	224,00 €

§ 27a Notwendiger Lebensunterhalt, Regelbedarfe und Regelsätze

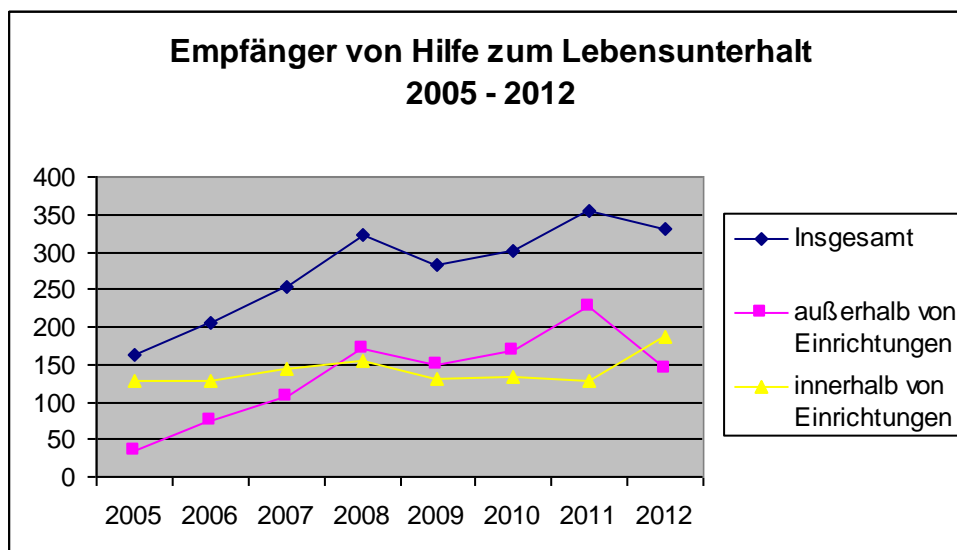
- (1) Der für die Gewährleistung des Existenzminimums notwendige Lebensunterhalt umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile, persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens sowie Unterkunft und Heizung. Zu den persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens gehört in vertretbarem Umfang eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft; dies gilt in besonderem Maß für Kinder und Jugendliche. Für Schülerinnen und Schüler umfasst der notwendige Lebensunterhalt auch die erforderlichen Hilfen für den Schulbesuch.
- (2) Der gesamte notwendige Lebensunterhalt nach Absatz 1 mit Ausnahme der Bedarfe nach dem Zweiten bis Vierten Abschnitt ergibt den monatlichen Regelbedarf. Dieser ist in Regelbedarfsstufen unterteilt, die bei Kindern und Jugendlichen altersbedingte Unterschiede und bei erwachsenen Personen deren Anzahl im Haushalt sowie die Führung eines Haushalts berücksichtigen.
- (3) Zur Deckung der Regelbedarfe, die sich nach den Regelbedarfsstufen der Anlage zu § 28 ergeben, sind monatliche Regelsätze zu gewähren. Der Regelsatz stellt einen monatlichen Pauschalbetrag zur Bestreitung des Regelbedarfs dar, über dessen Verwendung die Leistungsberechtigten eigenverantwortlich entscheiden; dabei haben sie das Eintreten unregelmäßig anfallender Bedarfe zu berücksichtigen.
- (4) Im Einzelfall wird der individuelle Bedarf abweichend vom Regelsatz festgelegt, wenn ein Bedarf ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist oder unabweisbar seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht. 2Besteht die Leistungsberechtigung für weniger als einen Monat, ist der Regelsatz anteilig zu zahlen. 3Sind Leistungsberechtigte in einer anderen Familie, insbesondere in einer Pflegefamilie, oder bei anderen Personen als bei ihren Eltern oder einem Elternteil untergebracht, so wird in der Regel der individuelle Bedarf abweichend von den Regelsätzen in Höhe der tatsächlichen Kosten der Unterbringung bemessen, sofern die Kosten einen angemessenen Umfang nicht übersteigen.

Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII

Hilfe zum Lebensunterhalt ist dem zu gewähren, der seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann (§ 19 Abs. 1 Satz 1 SGB XII).

Im Rahmen der Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt wird unterschieden in die Leistungsgewährung an Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen und innerhalb von Einrichtungen.

2005	163	36	127
2006	205	76	129
2007	253	108	145
2008	324	170	154
2009	282	150	132
2010	302	169	133
2011	354	226	128
2012	330	143	187
	Gesamt	avE	iE



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII

Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden erstmals durch das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GsiG) vom 29.06.2001 (BGBl. I S. 1335) geschaffen. Das Gesetz ist zum 01.01.2003 in Kraft getreten.

Das am 01.01.2003 in Kraft getretene Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GsiG) wurde nach Art. 68 Abs. 1 Nr. 5 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022) am 01.01.2005 aufgehoben.

Zum gleichen Zeitpunkt wurden die Einzelregelungen dieses Gesetzes in das SGB XII (Viertes Kapitel) eingegliedert. (Mergler / Zink Handbuch der Grundsicherung und Sozialhilfe – Teil II – Sozialgesetzbuch XII Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz – Stand August 2013, Verlag W. Kohlhammer)

§ 41 SGB XII – Leistungsberechtigte

(1) Älteren und dauerhaft voll erwerbsgeminderten Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht aus Einkommen und Vermögen nach den §§ 82 bis 84 und 90 bestreiten können, ist auf Antrag Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu leisten. § 91 ist anzuwenden.

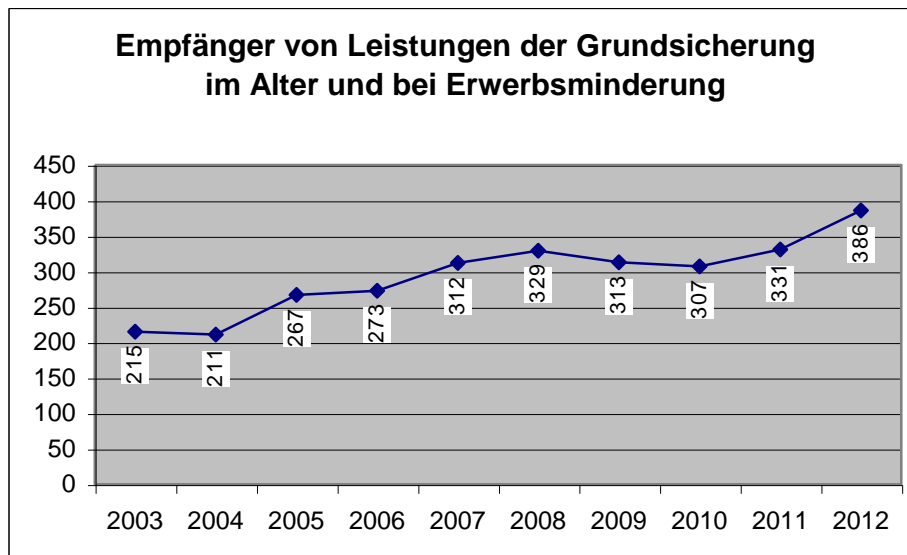
(2) Leistungsberechtigt wegen Alters nach Absatz 1 ist, wer die Altersgrenze erreicht hat. Personen, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichen die Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres.

Für Personen, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird die Altersgrenze wie folgt angehoben:

für den Geburtsjahrgang	erfolgt eine Anhebung um Monate	auf Vollendung eines Lebensalters von
1947	1	65 Jahren und 1 Monat
1948	2	65 Jahren und 2 Monaten
1949	3	65 Jahren und 3 Monaten
1950	4	65 Jahren und 4 Monaten
1951	5	65 Jahren und 5 Monaten
1952	6	65 Jahren und 6 Monaten
1953	7	65 Jahren und 7 Monaten
1954	8	65 Jahren und 8 Monaten
1955	9	65 Jahren und 9 Monaten
1956	10	65 Jahren und 10 Monaten
1957	11	65 Jahren und 11 Monaten
1958	12	66 Jahren
1959	14	66 Jahren und 2 Monaten
1960	16	66 Jahren und 4 Monaten
1961	18	66 Jahren und 6 Monaten
1962	20	66 Jahren und 8 Monaten
1963	22	66 Jahren und 10 Monaten
ab 1964	24	67 Jahren.

(3) Leistungsberechtigt wegen einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung nach Absatz 1 ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat, unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage voll erwerbsgemindert im Sinne des § 43 Abs. 2 des Sechsten Buches ist und bei dem unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann.

(4) Keinen Anspruch auf Leistungen nach diesem Kapitel hat, wer in den letzten zehn Jahren die Bedürftigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat.



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Der Zweck der Leistung besteht darin, für alte und dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen eine eigenständige soziale Leistung vorzusehen, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Es soll vor allem „verschämte Altersarmut“ verhindert werden.

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind bedarfsorientiert (nicht bedarfsdeckend), greifen also nur dann, wenn das eigene Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten, deren Ehegatten oder Lebenspartner sowie der Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft nicht ausreicht, um den Grundbedarf im Sinne des § 41 SGB XII abzudecken.

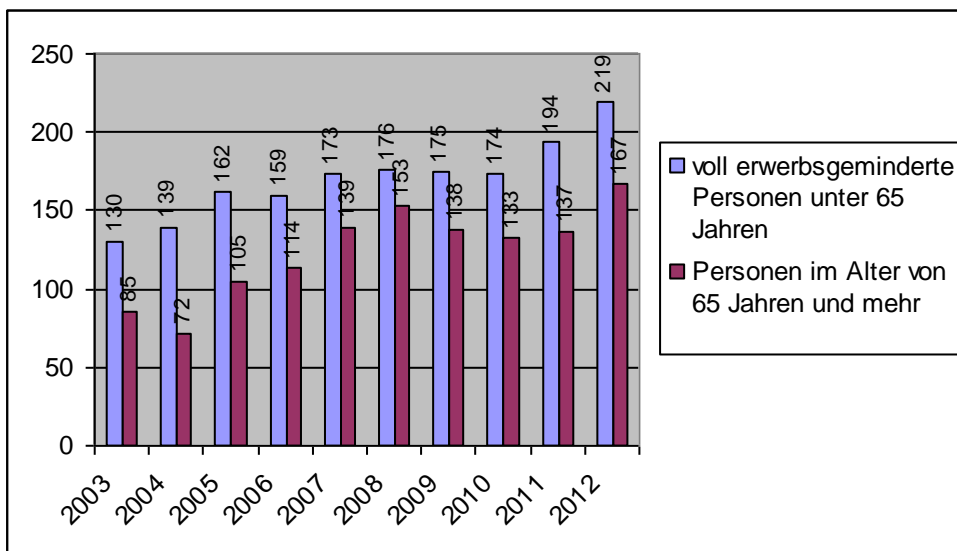
Im Gegensatz zu allen anderen Leistungen nach dem SGB XII werden Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nur auf Antrag gewährt.

(Mergler / Zink Handbuch der Grundsicherung und Sozialhilfe – Teil II – Sozialgesetzbuch XII Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz – Stand August 2013, Verlag W. Kohlhammer)

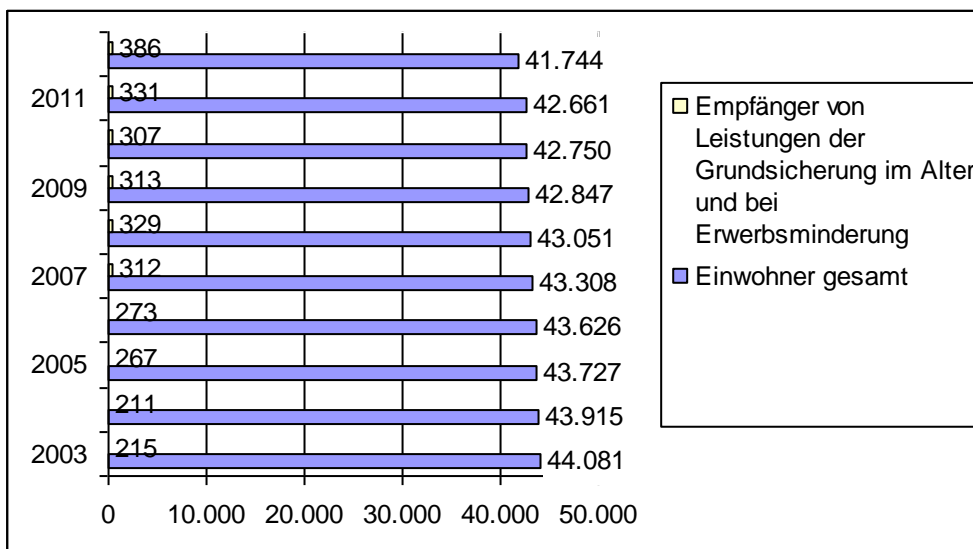
Gegenüberstellung der Personenkreise

Voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren und Personen im Alter von 65 und mehr Jahren

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

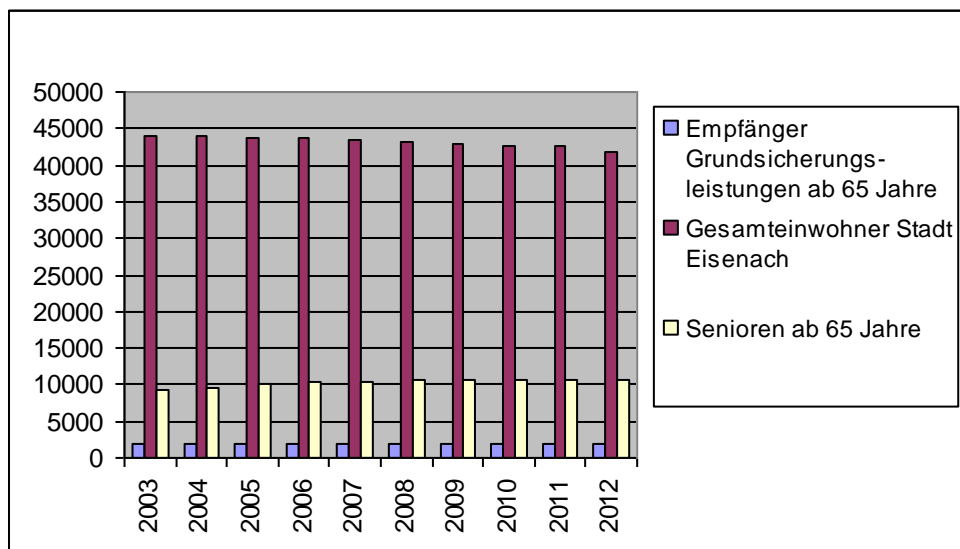


Gegenüberstellung Einwohnerzahlen der Stadt Eisenach und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Gegenüberstellung Gesamteinwohner Stadt Eisenach - Senioren ab 65 Jahre - Empfänger von Grundsicherungsleistungen ab 65 Jahre



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

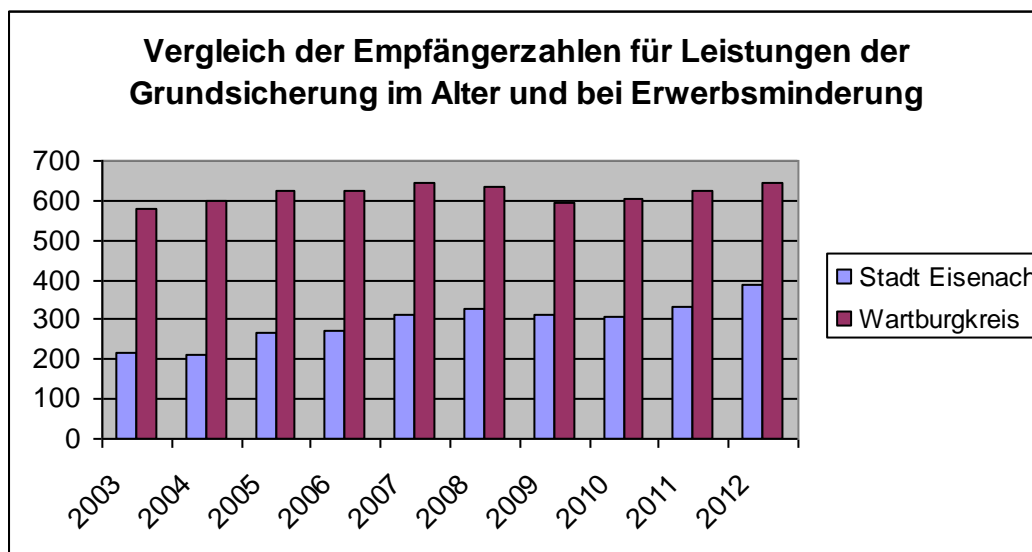
2003	44.081	9.198	85	0,93%
2004	43.915	9.587	72	0,75%
2005	43.727	9.982	105	1,05%
2006	43.626	10.328	114	1,10%
2007	43.308	10.428	139	1,35%
2008	43.051	10.600	153	1,45%
2009	42.847	10.767	138	1,30%
2010	42.750	10.672	133	1,25%
2011	42.661	10.640	137	1,28%
2012	41.744	10.521	167	1,58%
	Einwohner gesamt	Einwohner ab 65 Jahren	Empfänger Grusi ab 65 Jahren	Empfänger bezogen auf Senioren ab 65 Jahre

Die Zahl der reinen Altersrentner mit Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist für die Stadt Eisenach bezogen auf die Einwohnerzahl der Stadt Eisenach, aber auch bezogen auf die Einwohnerzahl ab 65 Jahren als niedrig anzusehen.

Es ist allerdings davon auszugehen, dass es eine Dunkelziffer von Senioren gibt, welche ein Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben, diesen aber nicht geltend machen.

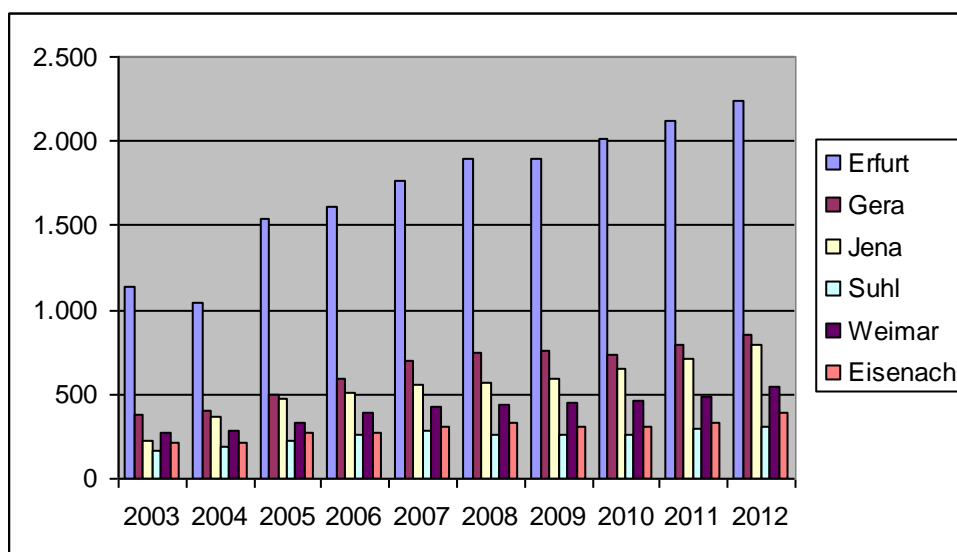
Vergleich der Empfängerzahlen für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zwischen der Stadt Eisenach und dem Wartburgkreis

2003	215	577
2004	211	597
2005	267	626
2006	273	625
2007	312	643
2008	329	636
2009	313	595
2010	307	604
2011	331	623
2012	386	646
	ESA	Wartburgkreis



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Vergleich der Empfängerzahlen der Stadt Eisenach und der anderen kreisfreien Städte

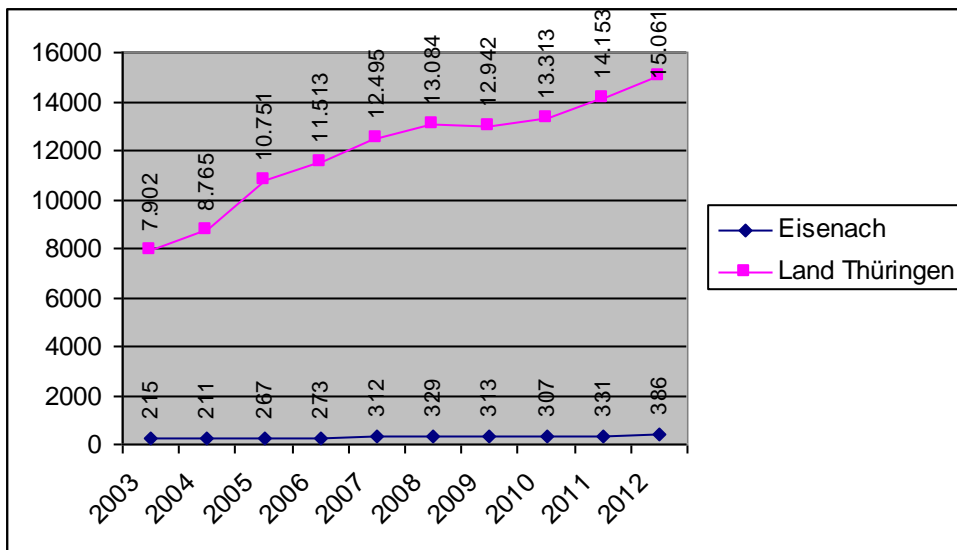


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

2003	1.137	385	227	170	267	215
2004	1.048	398	369	190	289	211
2005	1.537	501	477	231	329	267
2006	1.615	596	508	261	386	273
2007	1.764	704	556	281	428	312
2008	1.895	741	573	265	441	329
2009	1.900	761	589	257	447	313
2010	2.010	734	655	265	463	307
2011	2.118	797	715	291	489	331
2012	2.239	857	789	305	541	386
	Erfurt	Gera	Jena	Suhl	Weimar	Eisenach

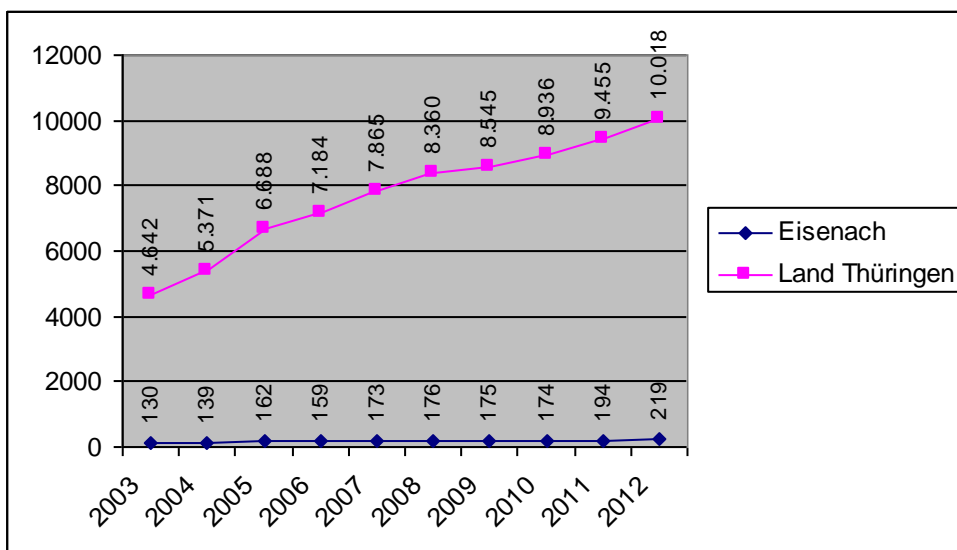
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Entwicklung der Empfängerzahlen der Stadt Eisenach im Vergleich zur Landesentwicklung



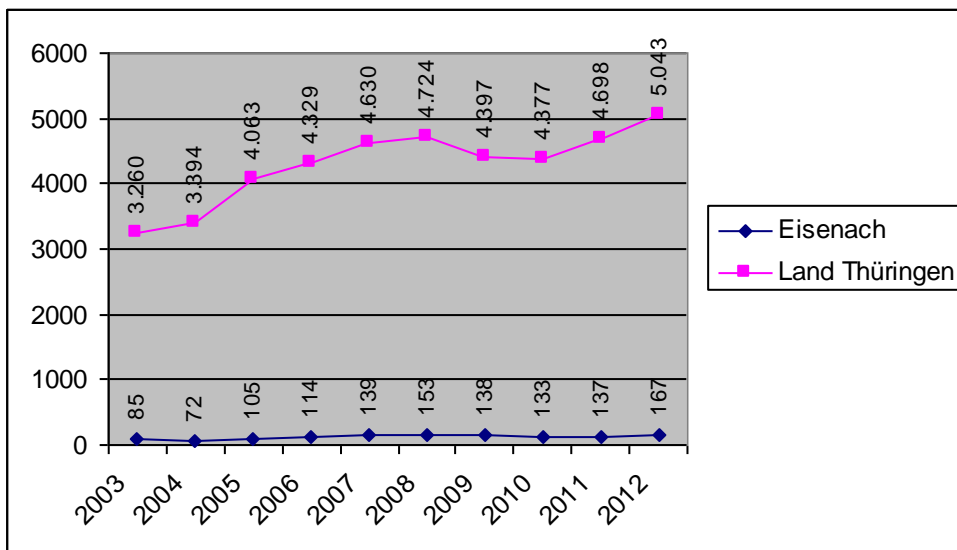
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

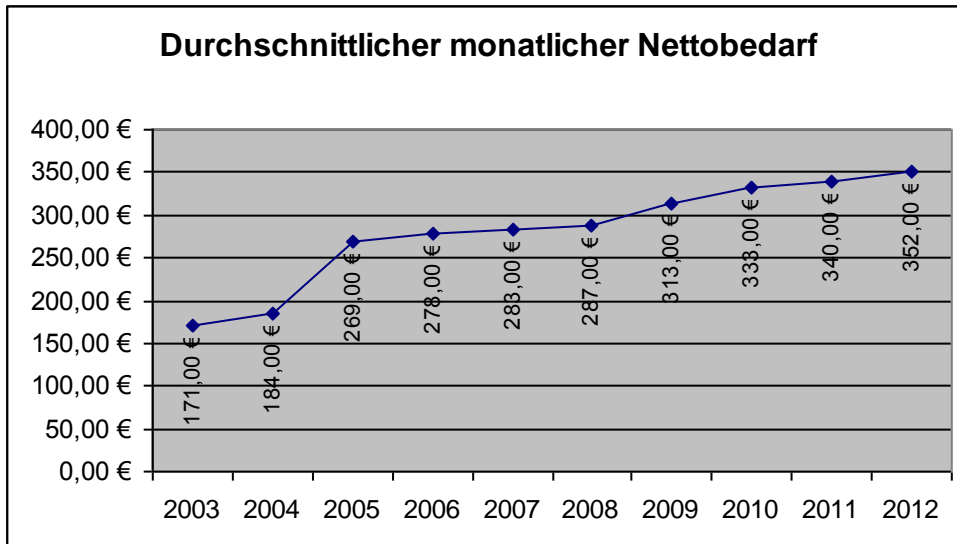
Personen im Alter von 65 Jahren und mehr Jahren



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

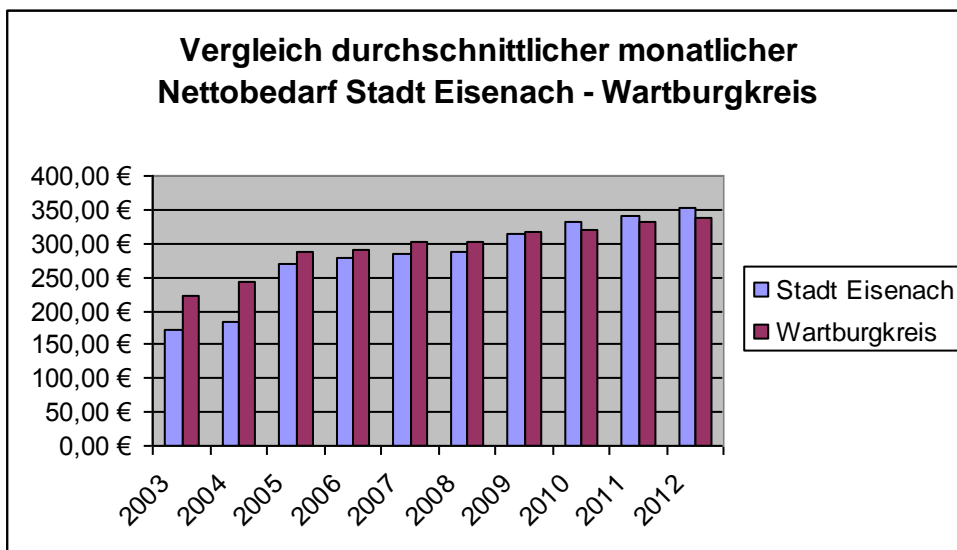
Durchschnittlicher monatlicher Nettobedarf in der Stadt Eisenach

Der Nettoanspruch ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Bruttobedarf und dem angerechneten Einkommen.



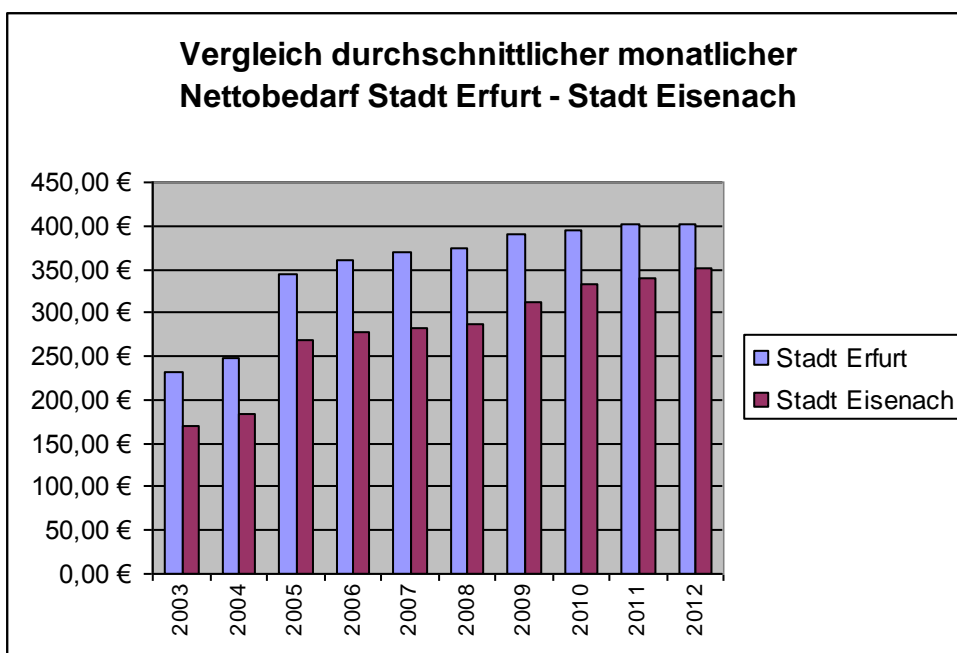
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Vergleich des durchschnittlichen monatlichen Nettobedarfes der Stadt Eisenach und dem Wartburgkreis



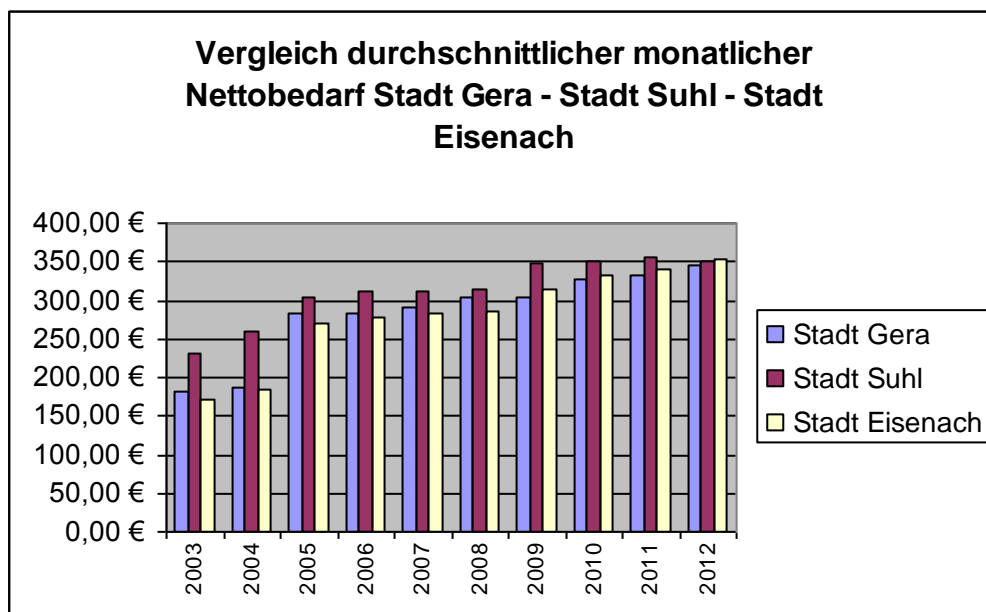
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Vergleich des durchschnittlichen monatlichen Nettobedarfes der Stadt Erfurt und der Stadt Eisenach



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Vergleich des durchschnittlichen monatlichen Nettobedarfes der Städte Gera, Suhl und Eisenach



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Vergleich des monatlichen durchschnittlichen Nettobedarfes der kreisfreien Städte und des Wartburgkreises

2003	232,00 €	181,00 €	230,00 €	231,00 €	190,00 €	171,00 €	221,00 €
2004	249,00 €	188,00 €	247,00 €	261,00 €	205,00 €	184,00 €	242,00 €
2005	344,00 €	282,00 €	330,00 €	304,00 €	277,00 €	269,00 €	287,00 €
2006	360,00 €	282,00 €	336,00 €	311,00 €	284,00 €	278,00 €	291,00 €
2007	370,00 €	291,00 €	337,00 €	312,00 €	296,00 €	283,00 €	303,00 €
2008	375,00 €	305,00 €	348,00 €	315,00 €	297,00 €	287,00 €	301,00 €
2009	390,00 €	303,00 €	352,00 €	348,00 €	323,00 €	313,00 €	316,00 €
2010	394,00 €	327,00 €	354,00 €	350,00 €	328,00 €	333,00 €	319,00 €
2011	401,00 €	333,00 €	368,00 €	356,00 €	333,00 €	340,00 €	332,00 €
2012	402,00 €	346,00 €	378,00 €	351,00 €	339,00 €	352,00 €	338,00 €
	Erfurt	Gera	Jena	Suhl	Weimar	Eisenach	WAK

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik